

ALLES WAS ICH WILL

JUSOSTHÜRINGEN.DE



ANTRÄGE AN DIE LANDESKONFERENZ

Gotha, 1. bis 2. Juni 2013

INHALTSVERZEICHNIS

A1	Alles was ich will: Schluss mit dieser CDU!	3
B1	Freiwillig, Dezentral und Vielseitig – Freiwilligendienste stärken!	11
B2	Wir brauchen keine Waffen sondern Frieden	13
B3	Gegen die Militarisierung der Gesellschaft!	13
B4	Kirchliches Arbeitsrecht abschaffen	15
B5	Kirchliches Arbeitsrecht abschaffen!	15
B6	Lohndumping bekämpfen – christliche Gewerkschaften auf den Prüfstand!	16
C1	Jungsozialistisch und Kommunal unsere Impulse für die Gemeinderats-, Stadtrats- und Kreistagswahlen 2014	17
C2	Thüringen benötigt ein landesweites Nahverkehrskonzept	19
C3	Soziale Durchmischung bei großen Wohnungs- und Wohnungsbauunternehmen	20
C4	Rundfunkbeitrag abschaffen	21
C5	Trinkwasser ist ein Menschenrecht – europäische Liberalisierung stoppen!	22
C6	20 Jahre Tafeln – Der Staat muss seine Armutsbekämpfung stärker wahrnehmen	23
C7	Umbenennung des Thüringer Zoos in Drei-Stadt-Zoopark	23
D1	Alles was ich will ist dazugehören!	24
D2	Mit gutem Beispiel voran, sagen wir Diskriminierung den Kampf an!	26
D3	Gegen den kategorischen Ausschluss von der Blutspende	26
D4	“If I can't dance to it, it's not my revolution.” – 362 Tage sind nicht genug!	27
D5	Konservative Familienbilder brechen – Gesellschaftliche Realitäten anerkennen!	28
D6	Entkriminalisierung von Drogensüchtigen	28
D8	Rassisten in der SPD? Nein Danke!	29
D9	Quo vadis Verfassungsschutz?	30
E1	Alles was ich will – Eine gerechte und moderne Schule!	33
E2	Ausbildungsunreif sind die Unternehmen	39
E3	Kostenlose Bildung ist für uns ein Grundprinzip – Meister- und Weiterbildungsqualifikation muss kostenfrei sein!	39
E4	Antrag zur Ausfinanzierung der Hochschulen sowie Berücksichtigung der Tariflohnerhöhungen für Mitarbeiter*innen an Hochschulen	40
F1	Resolution für einen bewussteren Umgang mit tierischen Lebensmitteln und dessen Folgen	41
F2	Der Schweinerei ein Ende setzen	42
F3	Den „Veggie-Donnerstag“ aktiv bewerben!	42
F4	Der verordneten Wegwerfkultur entgegenzutreten!	43
F5	Offenlegung des Produktionsweges von Textilwaren	44
F6	Warnhinweise für Werbung	45
F7	Suchtpräventionsarbeit besser ausstatten	45
G1	Ich will Teil einer Bewegung sein	47

A1

Antragsteller: Landesvorstand

 angenommen
 abgelehnt
 überwiesen an:

1 ALLES WAS ICH WILL: SCHLUSS MIT DIESER CDU!

2 Arbeitsprogramm der Jusos Thüringen 2013/14

3 Unser Projekt Europa nicht den Konservativen überlassen

4 Vor fünf Jahren hat die Pleite von Lehman Brothers zu einer Erschütterung der Finanzwelt
5 geführt. Mit dem drohenden Zahlungsausfalls Griechenlands im Frühjahr 2010 nahm auch
6 die durch die Finanzkrise in Gang gesetzte Krise des Euros an Fahrt auf und ist bis heute
7 das bestimmende Thema in Europa. Die Ausweitung der Krise und fehlgeschlagene,
8 beziehungsweise halbherzige Rettungsmaßnahmen haben zu immer weiteren
9 Verschärfungen geführt. Von der Krise in der Europäischen Union sind gerade junge
10 Menschen betroffen. Die Jugendarbeitslosigkeit in den südeuropäischen Staaten liegt
11 durchgängig weit über 25 Prozent.

12 Die gerade von der deutschen Regierung geforderten drastischen Haushaltseinsparungen
13 der betroffenen Länder haben zu einer wirtschaftlichen Depression geführt und die
14 Nachfrage nach Arbeit massiv gesenkt. Die zusätzlichen Kürzungen im sozialen Bereich
15 führen viele junge Menschen in Armut und Perspektivlosigkeit. Folge ist ein schwindender
16 Glaube an Europa und das politische System.

17 Schwarz-gelb hat die Krise nicht bekämpft sondern verschärft! Das fehlende deutliche
18 Bekenntnis zur Gemeinschaftswährung und zu den in Not geratenen Mitgliedsstaaten, und
19 stattdessen der Versuch mit einer diffamierenden Kampagne die eigenen
20 Landtagswahlergebnisse zu retten, hat Europa nachhaltig geschadet.

21 Für uns Jusos ist die europäische Integration ein Friedens-, Sozial- und Freiheitsprojekt und
22 kein Raum für Finanzmarktspekulationen.

23 Schüleraustausche, Auslandssemester, kein Währungstausch und die Möglichkeit, auch in
24 anderen Staaten arbeiten zu können sind vor allem auch für junge Menschen positive
25 Erfahrungen mit Europa.

26 Wir sagen Schluss mit dem europäischen Konservatismus. Unsere Antwort auf die Krise
27 für ein solidarisches und gerechtes Europa lautet:

28 ■ Schluss mit dem Fiskalpakt und Schaffung eines Sofortprogramms für
29 Wachstumsimpulse

30 ■ Stärkung von demokratischen Elementen innerhalb der EU

31 ■ Keine Privatisierung von öffentlicher Daseinsvorsorge zur Sanierung von Haushalten

32 ■ Eine europäische Ausbildungsgarantie durch Beschäftigungsprogramme

33 ■ Investitionen in Bildung, Ökologie und Infrastruktur

34 Wir Jusos Thüringen wollen Europa stärker in den Fokus unserer Arbeit rücken. Im
35 Europawahlkampf wollen wir aktiv helfen und uns für eine linke Mehrheit im
36 Europaparlament einsetzen.

37 **Gesellschaft verändern heißt rot-grün wählen!**

38 Die Bilanz von vier Jahren schwarz-gelb lautet: Steuerlobbyismus statt Steuergerechtigkeit,
39 Betreuungsgeld statt Abbau von Kita-Gebühren, Fiskalpakt statt Solidarität für Europa,
40 Heterosexismus statt Gleichberechtigung, Ausbau von Minijobs statt Mindestlohn,
41 Männernetzwerke statt Frauenquote, Deutschlandstipendium statt Bafög-Erhöhung und
42 Extremismusklausel statt NPD-Verbot.

43 Keine Bundesregierung hat bisher so stark an gesellschaftlichen Realitäten vorbei regiert
44 wie diese. Die soziale Spaltung wächst. 7 Millionen Menschen arbeiten für einen Lohn unter
45 8,50 Euro, 4,5 Millionen Menschen beziehen Leistungen aus dem SGB II und rund 250.000
46 Menschen sind in Deutschland wohnungslos. Die Antwort von CDU und FDP auf diese
47 erschreckenden Fakten war die Streichung von Textpassagen aus dem Armuts- und
48 Reichtumsbericht der Bundesregierung und eine Diskussion über spätrömische Dekadenz
49 arbeitssuchender Menschen.

50 Bis September wollen wir Jusos Thüringen gemeinsam mit der SPD für eine andere Politik
51 werben und für einen Politikwechsel kämpfen. Unsere Alternative lautet rot-grün und soziale
52 Gerechtigkeit!

53 Bekämpfung der Altersarmut durch eine Solidarrente und die Festschreibung des
54 Rentenniveaus, mehr Umverteilung durch ein gerechtes Einkommenssteuersystem und die
55 Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Eindämmung von Leiharbeit und anderen Formen
56 prekärer Beschäftigung, Investitionen in Bildung, die Abschaffung der Extremismusklausel,
57 Stärkung von Genossenschaften, Frauenquoten in Aufsichtsräten und Vorständen und die
58 Bürger_innenversicherung sind nur einige Forderungen aus dem SPD-
59 Regierungsprogramm für die wir in den letzten Jahren gekämpft haben. Wir machen nicht
60 Wahlkampf für einen Spitzenkandidaten sondern für linke Politik und für unser
61 Regierungsprogramm.

62 Das Ziel heißt: Wir wollen Gesellschaft verändern und deshalb stärkste Kraft bei den
63 Bundestagswahlen in Thüringen werden! Wir wollen alle Direktmandate gewinnen!

64 Die Auseinandersetzung um Inhalte und Themen muss aber weitergehen. In vielen
65 Politikbereichen hat sich die SPD neu aufgestellt, in anderen scheut sie sich der Debatte.
66 Die Hartz-Arbeitsmarktreformen und die damit verbundenen verkürzten Anspruchszeiten für
67 ALG I Empfänger oder die Sanktionsmechanismen im SGB II müssen abgeschafft werden.

68 Ebenso diskussionsbedürftig bleibt die Haltung der SPD zum Artikel 16a GG und dem
69 Asylbewerberleistungsgesetz. Für uns ist klar: Asyl ist ein Grundrecht und staatlicher
70 Rassismus gehört abgeschafft!

71 **CDU Thüringen – Kein Projekt, keine Idee**

72 Die SPD ist treibende Kraft, für einen neuen Politikstil und ein für die Zukunft stark
73 aufgestelltes Thüringen. Gemeinschaftsschule, Vergabegesetz, Förderrichtlinien zur
74 Eindämmung von Leiharbeit, KitaG, Landesprogramm gegen Rechts, Erhöhung der
75 Jugendpauschale, Gleichstellungsgesetz, Ausbau von erneuerbaren Energien und neue
76 Lehrer_inneneinstellungen sind Beispiele erfolgreicher sozialdemokratischer
77 Regierungspolitik in Thüringen. In vielen kleinen Details haben wir mit der SPD gestritten
78 aber es bleibt klar zu sagen: die Richtung stimmt.

79 Viel erreicht, aber es bleibt einiges zu tun! Dieser Befund ist auch Ausdruck eines
80 Koalitionspartners CDU, der weder regierungswillig noch regierungsfähig ist. Die CDU
81 befindet sich in einem selbstlähmenden Zustand aus Streit und Machtgerangel zwischen
82 Mike Mohring und der Landtagsfraktion auf der einen und Christine Lieberknecht auf der
83 anderen Seite. Eine Ministerpräsidentin, ohne eigene Mehrheit in der CDU ist eine schwache
84 Ministerpräsidentin und schadet der Zukunft Thüringens.

85 Wichtige Zukunftsprojekte wie eine Funktional- und Gebietsreform, Schaffung von mehr
86 Erzeugerkapazitäten im Bereich der Windkraft, Stärkung von erneuerbaren Energien bei der
87 Wärmeversorgung, die Verbeamtung von Lehrern und die Abschaffung der Residenzpflicht
88 sind mit der CDU nicht möglich und bedürfen einer anderen Mehrheit im Landtag.

89 Der Landtagswahlkampf 2014 steht im Fokus der Arbeit der Jusos Thüringen. Wir wollen für
90 eine Mehrheit links der CDU kämpfen. 5 Jahre große Koalition haben bewiesen, dass die
91 CDU in die Opposition gehört.

92 Wir wollen Thüringen zu einem modernen Land entwickeln. Gute Arbeit, gute Ausbildung,
93 eine Bildungspolitik, die kein Kind und keine_n Jugendliche_n auf der Strecke lässt,
94 Hochschulen mit einem modernen Studienangebot, attraktive Städte, Landkreise und
95 Gemeinden, die nicht am Hungertuch nagen, Städte und Landkreise die ein attraktives
96 Kulturangebot für jung und alt vorhalten, ein weltoffenes Thüringen, welches Zuwanderung
97 als Chance begreift und ein demokratisches Thüringen, welches Ideen der Bürger_innen
98 auch fernab von Wahlen ernst nimmt sind für uns die Themen der Zukunft.

99 **Alles was ich will: Stärkste Kraft bei den Jungwähler_innen**

100 Mit unserer Kampagne „Alles was ich will“ wollen wir einen Beitrag leisten für ein
101 progressives Jugendprogramm im Regierungsprogramm der SPD. Dafür treten wir bereits
102 mit verschiedensten Akteuren, Vereinen, Initiativen und Verbänden in Kontakt und
103 diskutieren verschiedenste jugendpolitische Themen.

104 Es gilt, den Trend der Abwanderung umzudrehen. Die CDU, im besonderen
105 Landesentwicklungsminister Carius hat scheinbar kein Interesse für dieses Thema und
106 bereitet Thüringen als Altersheim vor, statt eine Zukunftswerkstatt mit Jugendlichen zu
107 organisieren.

108 Gemeinsam mit Wirtschaft und Gewerkschaften müssen wir bspw. Thüringen zum
109 Vorbildland für Ausbildungsqualität und Entlohnung machen.

110 Gute Ideen von jungen Menschen an Hochschulen müssen gefördert werden. So entstehen
111 Start Ups und vielleicht der Arbeitgeber von morgen. Thüringen muss ein Land der
112 Kreativität und der Freiheit sein für junge Menschen. Dazu gehört auch eine gezielte
113 Förderung unserer Universitätsstädte. Die Zukunft Thüringens liegt nicht auf dem Maisfeld.

114 Wir glauben mit diesen Themen die Sehnsucht vieler Jugendlicher nach einer anderen
115 Politik in Thüringen anzusprechen. Viele Schüler_innenwahlen zeigen, dass junge
116 Menschen mit den Zielen der SPD sympathisieren. Wir wollen mit unserer Kampagne diese
117 mobilisieren und stärkste Kraft bei den Jungwähler_innen werden.

118 **Thüringens Kommunalparlamente werden rot und jung!**

119 Die meisten unserer Mitglieder engagieren sich kommunalpolitisch vor Ort. Die Rettung des
120 Jugendzentrums, das Fordern von mehr soziokulturellen Freiräumen oder die Mitarbeit im
121 lokalen Bündnis gegen Rechts sind tagtägliche Aufgaben unserer Mitglieder. Die
122 Hemmschwelle, sich für ein kommunales Mandat zu bewerben, ist aber meist groß. Mit
123 unserer Netzwerkstelle Kommunales wollen wir bis zu den Kommunalwahlen 2014 unsere
124 Mitglieder motivieren sich für ein kommunales Mandat aufzustellen. Von der SPD fordern wir
125 ein, dass junge Kandidat_innen auch Listenplätze erhalten, die den Einzug in ein
126 kommunales Parlament ermöglichen.

127 Ein junger Blick auf die Kommunalpolitik ist nötig. Im Zuge von Haushaltskonsolidierungen
128 sind es oftmals jugendpolitische Projekte die dem Rotstift zum Opfer fallen. Es geht dabei
129 nicht nur um das Jugendzentrum und den Jugendförderplan sondern um viele kleine
130 Projekte, wie Jugendtheater, Bandprobenräume, Skaterparks, die auf kommunale
131 Förderung angewiesen sind.

132 Die Diskussion um Alkoholverbote in Innenstädten hat gezeigt, dass wir immer wieder für
133 Freiräume werben müssen.

134 **Unser Weg: 500 Tage Engagement für den Wechsel!**

135 In diesem und im nächsten Jahr stehen 4 große Wahlen vor uns. Wir Jusos wollen die
136 Programmatik der SPD mitbestimmen. Das ist Voraussetzung, damit wir einen engagierten
137 Wahlkampf führen.

138 Unsere Kampagne „Alles was ich will“, wird weiter den Rahmen unsere programmatischen
139 Arbeit bilden.

140 Im gemeinsamen Dialog wollen wir mit verschiedensten Initiativen, Verbänden, Vereinen
141 und Akteur_innen zu Problemlagen von Jugendlichen diskutieren. Unsere Veranstaltungen
142 zu den Themen Freiwilligendienste, Jugend und Migration, Ausbildung und
143 Gemeinschaftsschule waren ein voller Erfolg.

144 Wir wollen der politische Ansprechpartner für Jugendliche in Thüringen werden! Dafür ist
145 auch ein besonderes Engagement der Kreisverbände notwendig. Im Rahmen der
146 Kampagne wollen wir die Kreisverbände stärker unterstützen. Konzeptionen für
147 Veranstaltungen, Werbematerialien und Aktionen wollen wir gemeinsam im
148 Landesausschuss entwickeln und uns so auf erfolgreiche Wahlkämpfe vorbereiten.

149 **Jusos Thüringen – Wir bleiben ein sozialistischer Jugendverband!**

150 Wahlkampf und Partei ist nicht alles. Die Jusos Thüringen verstehen sich als eigenständiger
151 Richtungsverband. Für unser Ziel einer gerechten, freien und solidarischen Gesellschaft
152 reicht es nicht aus, am bestehenden System des Kapitalismus herumzuschrauben.
153 Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten sind systemimmanente Bestandteile einer
154 kapitalistischen Verwertungslogik.

155 Unsere Vision einer gerechten und freien Gesellschaft ist der demokratische Sozialismus.
156 Den Kampf für eine neue Gesellschaft sehen wir nicht in erster Linie als parteipolitischen
157 Auftrag. Wir wollen als Jusos Thüringen vielmehr in gesellschaftlichen Bündnissen für
158 unsere Idee werben und neue Bündnisse schmieden. Die Geschichte hat bewiesen, dass
159 wir keine „sozialistische Elite“ brauchen sondern demokratische gesellschaftliche Prozesse.

160 Seit 150 Jahren bestimmt der demokratische Sozialismus das Grundsatzprogramm der
161 SPD. Keine andere Partei hat sich im Laufe der Geschichte ihren Grundwerten so
162 verbunden gefühlt wie die Sozialdemokratie. Das ist der Grund, warum die SPD verboten,
163 verfolgt und ihre Mitglieder ermordet wurden. Es gibt keinen Widerspruch, sich als Teil einer
164 gesellschaftlichen Linken zu verstehen und Mitglied der SPD zu sein. Eine starke
165 gesellschaftliche Linke wird es nur mit einer starken SPD geben.

166 **Ein starker Verband braucht Bündnispartner_innen**

167 Um eine breite gesellschaftliche Akzeptanz für unsere Politik zu erreichen und um unsere
168 Positionen auch gesellschaftlich zu verankern, fühlen wir uns einer konsequenten
169 Bündnisarbeit verpflichtet. An erster Stelle stehen dabei für uns die Verbände der
170 Arbeiter_innenjugend. Neben dem Arbeiter_innenjugendcamp wollen wir im Rahmen
171 unserer Kampagne den Kontakt verstetigen und weiter ausbauen.

172 Einen weiteren besonderen Stellenwert nehmen für uns antifaschistische
173 Bündnispartner_innen ein. Da Thüringen leider eine starke neonazistische Szene aufweist,
174 ist eine Kooperation mit antifaschistischen Organisationen auf diesem Gebiet unabdingbar.
175 Deshalb beteiligen wir uns alljährlich am antifaschistischen Ratschlag und organisieren an
176 vorderster Stelle Gegenveranstaltungen zu Nazi-Events.

177 Von großem Interesse ist für uns außerdem das Netzwerk für Demokratie und Courage
178 (NDC). Als Netzwerkpartner_in und Mitinitiator_in haben wir Jusos ein starkes Interesse
179 daran, die Arbeit des NDC zu unterstützen.

180 **Wir sind keine Schule – gelernt wird hier trotzdem**

181 Die Jusos Thüringen wollen auch in den nächsten Jahren mit einem innerverbandlichen
182 Seminarangebot die Qualifikation von Mitgliedern und Interessierten gewährleisten. Mit
183 Verbandswochenenden wollen wir darüber hinaus die inhaltlichen Diskurse vorantreiben
184 und unsere Beschlüsse weiterentwickeln. Die Seminare sollen es dabei auch ermöglichen
185 vor allem die Themenbereiche abzudecken, die wir in unserer Jugendkampagne nicht oder
186 nur wenig bearbeitet werden können. Das Auftaktwandern und unsere Workshops haben
187 sich bewährt, wir wollen sie auch weiterhin durchführen. In regelmäßigen Abständen sollen
188 außerdem Neumitglieder- und Qualiseminare angeboten werden. Gemeinsam mit den
189 anderen Thüringer Arbeiter_innenjugendverbänden wollen wir im Jahr 2014 wieder ein
190 gemeinsames Arbeiter_innenjugendcamp durchführen.

191 **Ein sichtbarer Verband findet mehr Gehör!**

192 In den letzten zwei Jahren haben wir unsere Presse- und Öffentlichkeitsarbeit weiter
193 professionalisiert. In allen landesweiten Medien konnten wir unsere Präsenz ausbauen.

194 Unsere Werbematerialien wollen wir interaktiver gestalten. Durch einen „mitmach-Charakter“
195 werden unsere Materialien spannender und die Hemmschwelle, Leute direkt anzusprechen,
196 geringer. Unsere Themenflyer werden wir auf Aktualität überprüfen und gegebenenfalls neu
197 auflegen.

198 Für unsere Mitglieder werden wir weiterhin vier mal im Jahr einen Newsletter postalisch
199 versenden. Damit wollen wir über unsere Arbeit als Landesverband und aktuelle Termine
200 informieren.

201 **Unsere Bildungsgruppen – Juso-Schüler_innen und Juso Hochschulgruppen**

202 **Juso-Schüler_innen**

203 Die Juso-Schüler_innen Thüringen sind die Vertretung der Schüler_innen im Landesverband
204 der Jusos Thüringen. Hier soll vor allem gerechte Schulpolitik inhaltlich erörtert werden.

205 Die Juso-Schüler_innen-Gruppe in Thüringen hat in den letzten zwei Jahren erste Schritte
206 zur organisierten Arbeit als Vertretung der Schüler_innen gemacht.

207 In den nächsten Jahren soll die Arbeit intensiviert werden. Ziel ist es, einen aktiven
208 Landesverband zu gründen. Um in den weiteren Jahren die JSG auf Kreisebene zu
209 etablieren braucht es einen starken Verband. Um Mitglieder zu gewinnen, sollen Flyer,
210 Plakate und andere Werbematerialien entstehen und öffentliche Seminare organisiert und
211 durchgeführt werden.

212 Der Aufbau einer Schüler_innenstruktur bedarf mehr Professionalität und Kontinuität. Es
213 wird eine direkte Arbeitsverantwortung im Landesvorstand für die Juso-Schüler_innen
214 geben, um diesem Anspruch gerecht zu werden.

215 **Die Juso-Hochschulgruppen**

216 Die Juso-HSG ist eine Arbeitsgruppe, die sich schwerpunktmäßig mit Hochschulpolitik
217 beschäftigt. In den zwei Jahren konnten sich neben Erfurt und Jena auch zwei weitere
218 Hochschulgruppen in Nordhausen und Weimar etablieren. Auch in Zukunft soll die
219 Gründung von Juso-Hochschulgruppen durch den Landesverband gefördert und unterstützt
220 werden. In den Universitäts- und Fachhochschulstädten sind die Juso-Hochschulgruppen
221 meist der erste Kontakt von jungen Menschen mit den Jusos. Eine profilierte
222 hochschulpolitische Beschlusslage und Aktivitäten in Hochschulgremien und Gremien der
223 studentischen Selbstverwaltung sind Voraussetzung für Mitgliederwerbung.

224 Die Hochschulgruppen vor Ort sind autonom und entscheiden gemeinsam, wie die
225 Landeskoordination ausgestaltet wird. Zur Vernetzung und zum stetigen Austausch wird ein
226 Mitglied der Landeskoordination in den Landesvorstand der Jusos kooptiert.

227 **Frauen an die Macht!**

228 „Obwohl wir Jusos Thüringen ein feministischer Verband sind, Quotierung von Gremien und
229 Redelisten für uns zum Alltag gehören und Sexismus meist automatisch umgehend
230 angesprochen und kritisiert wird, ist das Zahlenverhältnis von Frauen und Männern
231 innerhalb unserer Verbandes bedenklich.“

232 Dieser Befund stammt aus unserem Arbeitsprogramm von 2011. Leider hat sich an dieser
233 Situation bisher kaum etwas verändert. Abgedroschene Behauptungen wie „Frauen sind
234 einfach unpolitischer“ sind für uns kein Erklärungsansatz sondern Zeugnis einer
235 unreflektierten, männlich dominierten Gesellschaft.

236 Die Arbeit unserer Frauennetzwerkstelle wollen wir fortführen und mehr regelmäßige
237 Angebote für Frauen organisieren.

238 Besonders wichtig ist uns, damit eine Plattform zu schaffen, auf der sich Frauen vernetzen,
239 über ihre Erfahrungen austauschen und gemeinsam Lösungsstrategien entwickeln können,
240 sich in einem männlich dominierten politischen Umfeld zu behaupten. Den oft kritisierten
241 Stammtischen, an denen Männer sich bei einem Bier vernetzen, setzen wir eine
242 transparente Struktur entgegen, über die sich Frauen, die Diskriminierungen ausgesetzt
243 sind, unterstützen können.

244 Außerdem sollen Qualifizierungsangebote wie z.B. Rhetorik-Workshops speziell für Frauen,
245 aber auch inhaltliche Seminare angeboten werden, in denen sowohl
246 gleichstellungspolitische als auch allgemeine politische Themen in einem anderen Rahmen
247 als üblich bearbeitet werden können.

248 Zudem werden wir überprüfen inwiefern eine zielgruppenspezifische Ansprache für Frauen
249 umgesetzt werden kann.

250 Uns Jusos ist bewusst, dass es mehr als nur zwei Geschlechter gibt und sich manche
251 Menschen nicht den gesellschaftlich konstruierten Kategorien „Mann“ und „Frau“ zugehörig
252 fühlen. Daher wollen wir prüfen, wie wir die Angebote der Frauennetzwerkstelle
253 trans*inklusiv gestalten können.

254 **Starke Kreisverbände – ein starker Landesverband**

255 Unsere Juso-Kreisverbände sind Basis für eine erfolgreiche und sichtbare Arbeit des
256 gesamten Verbandes. Mitgliederbindung, Mitgliederbetreuung und Mitgliederwerbung findet
257 zu einem großen Teil vor Ort statt. Es ist uns in den letzten Jahren gelungen, Juso-
258 Kreisverbände neu zu aktivieren. Bis 2014 wollen wir aktive Kreisverbandsstrukturen in ganz
259 Thüringen schaffen.

260 Unsere Kampagne „Alles was ich will“ bietet dafür eine gute Voraussetzung. Durch
261 Interaktion mit jugendpolitischen Gruppen können neue Mitglieder gewonnen und öffentlich
262 sichtbare Aktionen durchgeführt werden. Der Landesverband hat dafür bereits Aktionsideen
263 und Materialien den Kreisverbänden zur Verfügung gestellt.

264 Eine besondere Verantwortung zur Gründung neuer Juso-Kreisverbandsstrukturen trägt die
265 örtliche SPD. Ihr Engagement und ihre organisatorische und auch finanzielle Hilfe brauchen
266 wir, damit es vor Ort zu nachhaltigen Neugründungen kommt. Kooperationsveranstaltungen
267 zwischen Kreisverbänden und dem Landesverband soll die Möglichkeiten für inhaltliche
268 Veranstaltungen und Aktionen von kleineren Kreisverbänden erhöhen. Der Landesverband
269 ist jederzeit Ansprechpartner für Fragen, Nöte und Sorgen der Kreisverbände.

270 **Jusos Thüringen – Ein aktiver Teil des Bundesverbandes**

271 Die Jusos Thüringen sind ein aktiver Landesverband im Juso-Bundesverband. Durch eine
272 regelmäßige Beteiligung an Perspektivwochenenden, Fachkongressen und
273 Basisveranstaltungen wollen wir diesem Anspruch gerecht werden. Auf Juso-
274 Bundeskongressen wollen wir mit eigenen Anträgen wieder Akzente setzen und an der
275 inhaltlichen Entwicklung des Bundesverbandes mitwirken.

B1

Antragsteller: Landesvorstand

 angenommen
 abgelehnt
 überwiesen an:

1 **FREIWILLIG, DEZENTRAL UND VIELSEITIG –** 2 **FREIWILLIGENDIENSTE STÄRKEN!**

3 Mit der Aussetzung der Wehrpflicht und dem daraus resultierenden Wegfall des Zivildienstes wurde auch
4 die Frage nach der Zukunft der Freiwilligendienste diskutiert. Die gewachsenen Strukturen standen
5 unberechtigter Weise durch den Bund auf dem Prüfstand, obwohl diese durch den Wegfall des
6 Zwangsdienstes eine Aufwertung hätten erfahren müssen. Die guten Erfahrungen mit den bestehenden
7 Programmen haben viele junge Menschen in den letzten Jahren gemacht. Die Freiwilligendienste förderten
8 durch ihren Charakter und ihrer Ausgestaltung die Persönlichkeitsentwicklung und beeinflussten bei vielen
9 nicht minder die berufliche Orientierung. Auch die besseren Chancen für die Berufsbewerbung nach
10 Abschluss eines Freiwilligendienstes gelten bis heute als hoher Anreiz. Auf der anderen Seite wurde mit
11 der Absolvierung eines Freiwilligendienstes der Eintritt für das Gemeinwohl gefördert und das Bewusstsein
12 für das notwendige Einbringen in die Gesellschaft bestärkt. Dienststellen wurden durch die Freiwilligen
13 entlastet. Mehr als beim Zivildienst ließen die Träger und Einrichtungen wissen, dass durch die jungen
14 Freiwilligen sich das Arbeitsklima verbessert und frischer Elan und neue Impulse in die Organisationen und
15 Dienstorte eingebracht wurden.

16 Für uns sind die Freiwilligendienste von großer Bedeutung für die Gesellschaft und das Gemeinwohl.
17 Dennoch wollen wir Rahmenbedingungen für die Freiwilligen definieren und unsere Vorstellungen über die
18 Programme deutlich machen.

19 **Die Freiwilligkeit ist für uns unbezahlbar!**

20 Wer sich für einen Freiwilligendienst entscheidet, verdient Anerkennung und Respekt. Wir erkennen, dass
21 für viele Bereiche, sei es Sozial-, Umwelt- oder in der internationalen Hilfe, die Freiwilligendienstleistenden
22 unverzichtbar sind. Durch den Wegfall des Zivildienstes sind viele Organisationen und Einrichtungen in
23 personelle Schwierigkeiten gekommen. Dennoch lehnen wir einen generellen Pflichtdienst ab. Unser
24 Verständnis geht dahin, dass nur die Freiwilligkeit echtes Engagement fördert und implementieren kann.
25 Zum Dienst gezwungene Menschen sind auch aus der Erfahrung des Zivildienstes oft weniger verlässlich
26 und identifizieren sich weniger mit ihrem Dienst. Daher sehen wir das Prinzip der Freiwilligkeit als
27 unumstößlich!

28 Um durch die Freiwilligendienste echtes Engagement zu fördern, muss aber dafür Sorge getragen werden,
29 dass Freiwillige nicht als billige Arbeitskräfte ausgenutzt werden. Hier bedarf es Aufklärung und
30 regelmäßige Evaluation durch Träger und Freiwillige. Zudem bedarf es Kontrollinstanzen, die die Aufgaben
31 kritisch betrachten und einschreiten, wenn Freiwillige Aufgaben bewältigen sollen, die nur für Fachkräfte zu
32 erledigen sind. Dazu fördern wir verstärkte Partizipationselemente bzw.- rechte, die den Dienstleistenden
33 die Möglichkeit zur Mitsprache einräumen. Die Interessenvertretungen der Dienstleistenden sollen ebenso
34 über die finanziellen Belange mitreden können. Dies soll möglicher Ausbeutung und Missbrauch der
35 Freiwilligkeit entgegenwirken und fördert zum anderen das Bewusstsein, als Teil der Organisation wahr-
36 und ernst genommen zu werden.

37 **Freiwilligkeit ist keine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme!**

38 Die Bundesregierung hat als Ersatz für den Zivildienst den Bundesfreiwilligendienst eingeführt. Damit hat
39 er zu den bestehenden Strukturen, die durch die Zuordnung zum Bereich der Bildung in der Kompetenz
40 der Länder liegt, eine Doppelstruktur geschaffen. Der BFD, der allerdings in der Verantwortung des
41 Bundes liegt, bricht mit den Grundsätzen und Prinzipien der bestehenden Freiwilligendienste. In den
42 herkömmlichen Freiwilligendiensten besteht ein notwendiger Dreiklang zwischen vermittelnden Trägern,
43 Dienstleistenden und den Einrichtungen. Der BFD löst diesen Grundsatz auf und hebt das neu
44 geschaffene Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben als eine zentrale Instanz, die den
45 Träger nur noch als Kommissionär ansieht. Damit verliert der vermittelnde Träger seine Funktion als
46 Mediator und kann nicht mehr als eigenständiger Vertragspartner fungieren. Damit geht der große Vorteil
47 der örtlichen Einbindung des Trägers und der Freiwilligen verloren.

48 Daran schließt sich der Aspekt an, dass der Bund durch die Einführung des BFD die Arbeitslosenstatistik
49 schönen will. Galt beim Zivildienst und gilt bei den Freiwilligendiensten eine Altersbegrenzung, so wurde
50 diese beim BFD nicht vorgesehen. Wir stehen positiv der Forderung gegenüber, dass älteren Menschen
51 der Weg in die Freiwilligendienste offen stehen sollte, jedoch sollen keine Langzeitarbeitslosen in diesen
52 Bereich abgeschoben werden. Freiwilligendienste sind keine Maßnahme für berufliche Weiterbildung! Es
53 ist unsere Überzeugung, dass wir durch die Einrichtung von Stellen für die Freiwilligendienste keine
54 sozialversicherungspflichtige Beschäftigung verdrängen wollen. Es ist daher notwendig, ehemalige
55 Zivildienststellen auch in reguläre Beschäftigungsverhältnisse umzuwandeln. Denn schon zu Zeiten des
56 Zivildienstes war erkennbar, dass insbesondere im Bereich der Altenpflege Zivildienstleistende als
57 günstige Arbeitskräfte zum Teil „Pflichtaufgaben“ der Stammbelagschaft übernommen haben.

58 Wir sehen den BFD kritisch und favorisieren die Überführung dessen Mittel in die erfahrenen
59 Freiwilligendienstprojekte. Den verfassungsrechtlichen Bedenken, dass dies gegen den Grundsatz der
60 Bildungshoheit der Länder verstößt, kann man durch den Hintergrund der beruflichen Orientierung der
61 bewerteten Freiwilligendienste eine Absage erteilen.

62 Was nun: kritisch sehen oder konsequenter Weise sich gegen den BFD nach dieser Argumentationslinie
63 aussprechen?

64 **Wir stehen zum vielseitigen Angebot!**

65 Deutschland weißt seit den 90er Jahren eine vielseitige Landschaft an Freiwilligendienstprogrammen auf.
66 Dabei steht neben dem allseits bekannten Freiwillig Sozialem Jahr (FSJ) und dem Freiwillig Ökologischem
67 Jahr (FÖJ) auch die Rubrik der Auslandsdienste, die untereinander sich in Dauer, Altersbegrenzung und
68 Teilnehmerzahl durchaus unterscheiden. Neben den öffentlichrechtlich – gestalteten Diensten, wie dem
69 FSJ und dem FÖJ im Ausland und dem Europäischen Freiwilligendienst (EFD), existieren privatrechtliche
70 Auslandsfreiwilligendienste, die durch gemeinnützige Organisationen angeboten werden. Gerade die
71 Freiwilligendienste im Ausland fördern neben den Sprachkenntnissen auch die interkulturelle Kompetenz
72 der Teilnehmer und lassen eigene Denk- und Bewertungsmuster hinterfragen und geben Anlass, sich in
73 die normative Strukturen des Gastlandes hineinzusetzen.

74 Neben den Inlands- und Auslandsdiensten existieren auch etwaige Modellprojekte, wie die Programme
75 „weltwärts“ und „Freiwilligendienste machen kompetent“, die das Angebot erweitern und nach einer
76 gewissen Zeit auslaufen.

77 Wir sind der Überzeugung, dass das vielseitige Angebot an Freiwilligendienstprogrammen unbedingt
78 erhalten werden muss. Die Auswahlmöglichkeit fördert das Engagement junger Menschen, da sie sich
79 nach ihren Bedürfnissen, Voraussetzungen und Vorstellungen aus einer Palette von Programmen für eine
80 Dienstform entscheiden können.

B2

Antragsteller: Landesvorstand

 angenommen
 abgelehnt
 überwiesen an:

1 WIR BRAUCHEN KEINE WAFFEN SONDERN FRIEDEN

2 Die Jusos Thüringen sprechen sich gegen einen verherrlichenden Umgang mit Waffen, Krieg und fiktiven
3 Actionhelden aus.

4 Wir Jusos und Sozialdemokrat_innen stehen für Frieden, Menschenrechte und Internationalismus. Wir
5 wollen Konflikte lösen und nicht Konflikte befördern, deshalb ist es für uns mit Blick auf unsere Werte und
6 Ziele nicht vereinbar unbewusst mit waffen-, kriegs- oder gewaltverherrlichenden Bildern, Inhalten und
7 Filmen für unsere Arbeit zu werben.

8 Wir wollen einen anderen Weg gehen. Unser Weg heißt Krisenprävention und mehr Kommunikation auf
9 Augenhöhe im internationalen Raum. Von der Bundesrepublik sollte man nicht bloß als Wirtschaftsmotor,
10 sondern auch als Motor einer klaren Abrüstung des Rüstungsarsenals sprechen.

11 In vielen Teilen unserer Gesellschaft und auch in unserer Partei bestehen noch Tendenzen zu
12 heroisierenden, patriotischen und militaristischen Positionen. Die Jusos Thüringen setzen sich in den
13 nächsten Jahren für mehr politische Bildung in dem Themenbereich ein und wirken aktiv in die SPD
14 Thüringen. Gemeinsam sind SPD und Jusos Thüringen gefordert sich klarer für den Frieden- und die
15 militärische Abrüstung und gegen ausgrenzende Asylpolitik einzusetzen. Diese Themen nehmen immer
16 noch zu wenig Platz im politischen Raum in Thüringen ein.

17 Wir fordern die SPD Thüringen auf sich bewusster mit der Rolle von Militär und der Verherrlichung von
18 Gewalt in Medien auseinander zu setzen. Die Bundeswehr ist kein Freizeit- und Spaßverein sowie
19 Geheimagenten oder Kriegshelden nicht die Personen sind die wir mit uns in Verbindung bringen wollen.
20 Wenn die SPD Heldinnen und Helden für die Visualisierung ihrer Visionen braucht dann sollten es Helden
21 wie Willy Brandt, Ma Hat ma Gandhi und Rosa Luxemburg sein.

B3

Antragsteller: Kreisverband Weimarer Land / Weimar

 angenommen
 abgelehnt
 überwiesen an:

1 GEGEN DIE MILITARISIERUNG DER GESELLSCHAFT!

2 Seit dem Ende des Kalten Krieges besteht keine reelle Bedrohung durch äußere Feinde, was zur Folge
3 hat, dass die Bundeswehr keinen realistischen Verteidigungsauftrag mehr innehatte. Um ihre Existenz aber
4 aufrechterhalten zu können wurden 1992 in den Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) neue Aufgaben
5 für die Bundeswehr definiert. Unter anderem gehört die Sicherung des Welthandels, der Zugang zur
6 Hohen See und zu natürlichen Ressourcen zu den Aufgaben der Bundeswehr. Außerdem soll die
7 Bundeswehr in Notsituationen, im Katastrophenfall und zur Terrorismusbekämpfung im Inland zu Hilfe
8 gerufen werden.

9 Zu diesem Zweck befindet sich in jedem Kreis/ jeder kreisfreien Stadt ein Verbindungskommando, das eng
10 mit den Behörden und Hilfsorganisationen zusammenarbeitet. Dieses Kommando ist fester Bestandteil in
11 der Katastrophenbekämpfung und hat vollen Zugriff über die Reservisten.

12 Diese Zusammenarbeit nennt sich Zivil-Militärische-Zusammenarbeit (ZMZ) und wurde unter anderem bei
13 der Fußball-WM 2006, beim G8-Gipfel in Heiligendamm und beim Weltjugendtag der evangelischen
14 Jugend 2005 in Anspruch genommen.

15 Davon abgesehen sollen die Reservisten in der Gesellschaft für mehr Verständnis für die
16 Bundeswehreinätze werben und dafür sorgen, dass junge Leute sich bei der Bundeswehr verpflichten
17 lassen.

18 Es ist durchaus kritisch zu sehen, dass die Bundeswehr im Inland eine derart große Befugnis hat. In
19 Verbindung mit ihrer Aufgabe den Handel und die Funktion der Infrastruktur aufrecht zu erhalten, könnte
20 die Bundeswehr bei Streiks von Bahn, Telekom oder bei Stromkonzernen (Infrastruktur) zum Einsatz
21 kommen. Dies klingt zwar weit hergeholt, ist de facto aber nicht ausgeschlossen.

22 Vor dem Hintergrund von 800.000 Reservisten, die in Deutschland bereit stehen und den steigenden
23 Befugnissen der Bundeswehr im Inland, kann durchaus von einer Militarisierung der Gesellschaft
24 gesprochen werden. Im Bestreben als gewöhnlicher Arbeitgeber mit jugendlichem Gesicht aufzutreten und
25 dem Werben von jungen Leuten für den freiwilligen Dienst an der Waffe wird eines verharmlost: dass die
26 Bundeswehr eine Armee ist und dass Armeen Krieg führen und kämpfen.

27 Die Aufgabe der Reservisten, Verständnis für die Auslandseinsätze der Bundeswehr in der Bevölkerung zu
28 schaffen, trägt nicht dazu bei, Gewalt als Lösungsmittel zu verurteilen. Im Gegenteil, es wird versucht
29 militärische Gewalt als legitimes Mittel zur Konfliktbekämpfung anzupreisen. Dies trägt nicht dazu bei die
30 Gesellschaft und/oder die Welt friedlicher werden zu lassen.

31 Damit die Bundeswehr unter keinen Umständen gegen das eigene Volk eingesetzt werden kann und damit
32 sich die friedliche Lösung von Konflikten als allgemeines Ziel durchsetzt fordern wir:

33 Die Katastrophenbekämpfung soll wieder in Hand der Länder gelegt werden und die Bundeswehr soll –
34 wenn überhaupt – nur in Ausnahmefällen eingreifen dürfen.

35 Das Zustandekommen der Verteidigungspolitischen Richtlinien soll transparenter und demokratischer
36 gestaltet werden. Das Volk hat ein legitimes Interesse, mitbestimmen zu können, welche Aufgaben die
37 Bundeswehr erfüllen soll.

38 Die aktuell geltenden Verteidigungspolitischen Richtlinien sollen dringend überarbeitet werden und einem
39 friedlichen und friedensstiftenden Sinn bekommen. Die fortwährende Militarisierung der Gesellschaft muss
40 aufhören.

B4

Antragsteller: Kreisverband Erfurt

 angenommen
 abgelehnt
 überwiesen an:

1 KIRCHLICHES ARBEITSRECHT ABSCHAFFEN

2 Die Jusos Thüringen setzen sich in allen höheren Gremien für die Abschaffung des kirchlichen
 3 Arbeitsrechts ein. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, das Betriebsverfassungsgesetz, die
 4 Personalvertretungsgesetze und das Kündigungsschutzgesetz müssen in vollem Umfang auch auf
 5 kirchliche Institutionen übertragen werden.

6 Arbeitnehmer in kirchlichen Einrichtungen sind keine Arbeitnehmer zweiter Klasse. Auch ihnen müssen die
 7 vollen Arbeitnehmerrechte gewährt werden. Eine Kündigung aufgrund von Ehescheidung, Homosexualität
 8 o. ä. muss ausgeschlossen werden. Eine Kündigung darf auch in kirchlichen Institutionen nur nach dem
 9 allgemein gültigen Kündigungsschutzgesetz erfolgen dürfen. Ebenso muss die Entlohnung, der
 10 Urlaubsanspruch o. ä. nach Tarifverträgen erfolgen. Andernfalls sind staatlich subventionierten kirchlichen
 11 Trägern die finanziellen Zuschüsse zu entziehen.

B5

Antragsteller: Kreisverband Jena

 angenommen
 abgelehnt
 überwiesen an:

1 KIRCHLICHES ARBEITSRECHT ABSCHAFFEN!

2 In Einrichtungen kirchlicher Trägerschaften, deren Mitarbeiter_innen durch Steuergelder bzw. öffentliche
 3 Sozial- und Krankenkassen finanziert werden, darf es kein kirchliches Arbeitsrecht geben. Diese
 4 Angestellten haben das Recht auf Streik sowie auf persönliche Lebensführung unabhängig von den
 5 Dogmen des kirchlichen Trägervereins. Der Grundsatz bei der Einstellung und Unterhaltung von
 6 Mitarbeiter_innen muss sein: Öffentliche Gelder bedeuten auch öffentliche Regeln! Für die
 7 Mitarbeiter_innen in Einrichtungen kirchlicher Trägerschaften, die durch Steuergelder bzw. öffentliche
 8 Sozial- und Krankenkassen bezahlt werden, müssen daher auch das Grundgesetz und das Allgemeine
 9 Gleichbehandlungsgesetz gelten, so wie für alle anderen Staatsangestellten auch. (Das Grundgesetz,
 10 Artikel 140, und Paragraph 9 des AGG müsste dazu entsprechend geändert werden).

11 *Begründung:*

12 *Kirchliche Träger sozialer Einrichtungen, wie Kitas, Schulen, Krankenhäuser und Altenheime oder betreutes*
 13 *Wohnen, bezahlen ihre Angestellten nicht aus eigener Tasche, sondern hierzu werden Gelder aus*
 14 *öffentlicher Hand oder öffentlichen Kassen verwendet. Über eine Millionen Arbeitnehmer arbeiten für*
 15 *kirchliche Träger in sozialen Einrichtungen. Menschen, die sich für einen Beruf im sozialen Bereich*
 16 *entscheiden, sind in vielen Gegenden Deutschlands (wie beispielsweise im sehr katholisch geprägten*
 17 *Rheinland und Niederrheingebiet) nicht schlecht beraten, auch Kirchenmitglieder zu sein. Sind sie es nicht,*
 18 *kommt ein Großteil der Arbeitgeber für sie nicht in Frage. Mehrere Studien haben in der letzten Zeit gezeigt,*
 19 *welchen Diskriminierungsmechanismen Angestellten und Bewerber_innen von kirchlichen Einrichtungen*
 20 *ausgesetzt sind. Das kirchliche Arbeitsrecht, das den kirchlichen Trägervereinen erlaubt, Mitarbeiter_innen*

21 *aufgrund ihrer persönlichen Lebensführung zu feuern oder gar nicht erst einzustellen, ist nicht nur moralisch*
22 *fragwürdig, sondern wirkt sich auch fatal auf die Integrationsmöglichkeiten in diesem Arbeitsgebiet für*
23 *andersgläubige Menschen aus.*

24 *Mitarbeiter_innen kirchlicher Trägervereine müssen sich nicht nur in ihrem privaten Leben den Grundsätzen*
25 *des jeweiligen Glaubens unterordnen, sie haben zudem auch keine Möglichkeit, aktiv gegen schlechte*
26 *Bezahlung vorzugehen. Wer schlecht bezahlt wird, muss auch das Recht haben, zu streiken!*

B6

Antragsteller: Kreisverband Jena

angenommen
 abgelehnt
 überwiesen an:

1 **LOHNDUMPING BEKÄMPFEN – CHRISTLICHE GEWERKSCHAFTEN** 2 **AUF DEN PRÜFSTAND!**

3 Durch die effektive Regulierung der Leiharbeit ist es gelungen, sie als Instrument des Lohndumpings
4 unbrauchbar zu machen. Nun stoßen vermehrt Werkvertragsdienstleister in die entstandene Lücke, deren
5 (mit sog. christlichen Gewerkschaften abgeschlossene) Tarifverträge Stundenlöhne von 6,63 € West und
6 6,12 € Ost vorsehen. Das führt dazu, dass bspw. ein Regaleinräumer in einem Einzelhandelsgeschäft als
7 Werksvertrügler nur knapp die Hälfte von dem bekommt, was seinem dem Einzelhandelstarif
8 unterliegenden Kolleg_innen zusteht. Neben den Branchenzuschlagstarifen hat auch die Aberkennung der
9 Tariffähigkeit der Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und PersonalService-
10 Agenturen (CGZP) erheblich dazu beigetragen, dass Lohnniveau in der Leiharbeit auf ein faires Niveau zu
11 heben. Die Jusos Thüringen fordern deshalb den DGB und seine Gewerkschaften auf, die Tariffähigkeit
12 der DHV - Die Berufsgewerkschaft vor Gericht prüfen zu lassen um die Werkvertragsdienstleister zu einer
13 Umstellung ihrer Vergütungsstrukturen zu zwingen.

C1

Antragsteller: Landesvorstand

 angenommen
 abgelehnt
 überwiesen an:
1 JUNGSOZIALISTISCH UND KOMMUNAL**2 UNSERE IMPULSE FÜR DIE GEMEINDERATS-, STADTRATS- UND KREISTAGSWAHLEN 2014**

3 Am 25. Mai 2014 werden in Thüringen die meisten Gemeinde- und Stadträte sowie Kreistag neu gewählt.
 4 Unser Ziel ist es, mit möglichst vielen Jungsozialist_innen vor Ort zur Wahl anzutreten und unsere
 5 Kommunen aktiv mitzugestalten. Denn auf keiner anderen Ebene des politischen Gefüges sind die
 6 Konsequenzen politischen Handels so unmittelbar spürbar wie in den Städte, Gemeinden und
 7 Landkreisen. Wir Jusos wollen diesen Gestaltungsspielraum nutzen und Impulse setzen.

8 Grafitiwände und Orchester neben- und nicht gegeneinander

9 Die prekäre Finanzlage vieler Städte und Gemeinden verursacht einen stetig wachsenden Strukturdruck
 10 auf die kommunalen Kulturlandschaften in Thüringen. Bei der Mittelverteilung werden klassische
 11 Kultureinrichtungen allzu oft als Konkurrenz zu Jugend- und Soziokultur betrachtet. Wir Jusos wollen
 12 diesen Konflikt zu Gunsten eines breiten Kulturangebotes auflösen. Wir stellen eine angemessene
 13 Ausstattung von Philharmonien, Orchestern und Schlössern nicht in Frage. Wir wenden uns aber gegen
 14 eine Leuchtturmpolitik, bei der dem Erhalt solcher Einrichtungen eine unverhältnismäßige Aufmerksamkeit
 15 entgegen gebracht wird.

16 Ein Miteinander statt eines Gegeneinanders verschiedener kultureller Angebote muss außerdem im
 17 Stadtbild erkennbar sein. Wir setzen uns für die Schaffung von Freiräumen ein, die Jugend- und
 18 Soziokultur benötigen. Diese sollen auch in Innenstädten einen Platz zur Entfaltung finden und nicht in
 19 örtliche Randlagen verdrängt werden.

20 Wohnungsunterbringung, statt Gemeinschaftsunterkunft – unser kommunaler Beitrag zur Flüchtlingspolitik

22 Es gibt keinen Grund Asylbewerber_innen in Gemeinschaftsunterkünften unterzubringen, die nicht selten
 23 am Stadtrand oder in der Einöde eines Landkreises liegen. In den Kommunalparlamenten setzen wir uns
 24 deshalb für Unterbringung von Asylbewerber_innen in Wohnungen ein. Von dort aus müssen medizinische
 25 Einrichtungen, Freizeitmöglichkeiten, Schulen, Kindertagsstätten und Einkaufsmöglichkeiten gut erreichbar
 26 sein. Außerdem muss die Anbindung an eine überregionale Verkehrsanbindung gewährleistet sein. Uns ist
 27 bewusst, dass wir mit dieser Forderung nicht alle flüchtlingspolitischen Missstände beseitigen können. Vor
 28 diesem Hintergrund bekräftigen wir unsere Forderung der Abschaffung des
 29 Asylbewerberleistungsgesetzes und der bundesweiten Abschaffung der Residenzpflicht.

30 Bürgerbeteiligungshaushalt

31 Selbst in unseren Städten, Gemeinden und Landkreisen können wir beobachten, dass die gefühlte Kluft
 32 zwischen der Zivilgesellschaft und „den Politiker_innen da oben“ in den kommunalen Vertretungen stets
 33 größer wird. Einerseits fühlen sich die Menschen mit ihren Problemen im Stadtquartier bzw. Ortsteil nicht
 34 ernst genommen. Auf der anderen Seite fällt es Kommunalpolitiker_innen zusehends schwerer ihre
 35 Ratsentscheidungen den Einwohner_innen ihrer Kommune verständlich erklären zu können oder gar zu
 36 wollen. Wir Jusos wollen das ändern und Bürger_innen wieder verstärkt an den Entscheidungen, die in

37 ihrer Gemeinde, ihrer Stadt und ihrem Landkreis getroffen werden, beteiligen. Ein
38 Bürgerbeteiligungshaushalt schafft Identifikation der Bürger_innen mit ihrer Kommune, ihren Problemen
39 und möglichen Lösungsmaßnahmen. Im Rahmen des Beteiligungsprozesses der Bürger_innenschaft an
40 der Aufstellung eines kommunalen Haushaltes können kreative Ideen mobilisiert und so verloren
41 gegangenes Vertrauen zurückgewonnen werden. Ein Bürgerbeteiligungshaushalt ersetzt dabei nicht die
42 Haushaltentscheidung durch den Gemeinde- oder Stadtrat bzw. Kreistag. Verwaltung und Fraktionen - und
43 das ist entscheidend - sind den Bürger_innen jedoch Rechenschaft pflichtig, warum deren Haushaltsideen
44 umgesetzt werden oder nicht. Wir Jusos wissen, dass politische Entscheidungen der Akzeptanz der
45 Gesellschaft bedürfen, um erfolgreich umgesetzt werden zu können. Wir sind auch der festen
46 Überzeugung, dass unsere Kommunalpolitiker_innen nicht klüger sind, nur weil sie in eine kommunale
47 Vertretung gewählt wurden. Wir brauchen daher in unseren Kommunen möglichst vielseitige Möglichkeiten
48 der Bürger_innenbeteiligung, um sowohl politische Zielvorstellungen als auch Vorstellungen und Ideen aus
49 der Zivilgesellschaft erklären und umsetzen zu können.

50 **Politik ist keine Einbahnstraße - Für die Einführung von Ratsbegehren und** 51 **Alternativvorschlag**

52 Politik ist keine Einbahnstraße. Bei Zukunftsfragen der Kommune, die einer möglichst breiten
53 Einbeziehung der Bürger_innen bedürfen, wollen wir die Entscheidung nicht der kommunalen Vertretung
54 allein überlassen. Wir wollen, dass der Rat diese Frage der Bürger_innenschaft zur verbindlichen
55 Entscheidung in Form eines Bürgerentscheides vorlegen kann. Wir Jusos Thüringen unterstützen daher
56 den Vorschlag zur Einführung eines Ratsbegehrens. Es sieht vor, dass kommunale Parlamente in
57 wichtigen Fragen die Möglichkeit haben, mit Zwei-Drittel-Mehrheit zu beschließen, dass jene
58 Angelegenheiten der ganzen Bürger_innenschaft in einem Bürger_innenentscheid vorgelegt werden. In
59 allen ostdeutschen Bundesländern bis auf Thüringen ist das Ratsbegehren bereits kommunalrechtlich
60 verankert und wird rege genutzt. Wir Jusos unterstützen ebenfalls die Einführung des so genannten
61 „Alternativvorschlages“. Haben die Bürgerinnen und Bürger mit einem Bürgerbegehren einen
62 Bürgerentscheid erzwungen, hat ein Kreistag oder Gemeinderat nun die Möglichkeit, einen
63 Alternativvorschlag neben den der Initiative stellen. Bürger_innen können nunmehr zwischen zwei
64 Vorschlägen im Bürgerentscheid votieren.

65 **Mitbestimmung - mal ganz ehrlich**

66 Viel wird geredet über die Repräsentation verschiedener Altersgruppen in unseren kommunalen
67 Parlamenten. Fast durchweg gleichen unsere Stadt- und Gemeinderäte insbesondere im ländlichen Raum
68 „Senior_innenbeiräten“, die meinen, zu wissen, was die Jugend heute bewegt. Wir wollen selbst über
69 unsere Zukunft in der Kommune entscheiden. Wer sonst, wenn nicht wir? Wir fordern daher die SPD vor
70 Ort auf, aktiv auf junge Menschen in den eigenen Reihen und auch außerhalb der SPD zuzugehen und sie
71 zur Mitarbeit im kommunalen Parlament zur nächsten Wahl zu ermutigen. Wir wollen, dass sich
72 mindestens ein_e Kandidat_in unter 35 Jahren auf den ersten drei - den aussichtsreichsten - Plätzen einer
73 kommunalen Wahlliste wiederfindet. Wir brauchen den Generationswechsel.

C2

Antragsteller: Kreisverband Jena

 angenommen
 abgelehnt
 überwiesen an:

1 THÜRINGEN BENÖTIGT EIN LANDESWEITES 2 NAHVERKEHRSKONZEPT

3 Der Thüringer Verkehrsminister wird aufgefordert bis Jahresende ein landesweites Nahverkehrskonzept für
4 ÖPNV und SPNV vorzulegen, um so Planung, Entwicklung und Bestellung des Nahverkehrs – egal ob
5 dieser auf der Schiene oder der Straße verkehrt – sicherzustellen. Dieses soll konkurrenzfähig zum
6 motorisierten Individualverkehr sein und dabei insbesondere den folgenden Zielen gerecht werden:

- 7 Attraktive und lückenlose Versorgung mit Nahverkehrsangeboten, um so eine umfassende
8 Mobilität der Bevölkerung auch in der Fläche sicherzustellen.
- 9 Das Nahverkehrskonzept muss den individuellen Bedürfnissen vor Ort gerecht werden.
- 10 Sozial gestaffeltes Preissystem, das allen Bürger_innen Mobilität eröffnen.
- 11 Abgestimmte Fahrpläne, die lückenlose Umstiege und angemessene Reisezeiten gewährleisten
12 sowie kurze Übergangszeiten in den Fernverkehr ermöglichen.

13 *Begründung:*

14 *Mobilität ist für Bürgerinnen und Bürger im Europa des 21. Jahrhunderts eine Selbstverständlichkeit und ein*
15 *Grundbedürfnis. Die Möglichkeit schnell und günstig Ziele in der Region aber auch ganz Europa zu*
16 *erreichen, ein Ausdruck von Fortschritt und Freiheit. Angesichts steigender Rohstoffpreise droht diese*
17 *Mobilität - insbesondere in Form des motorisierten Individualverkehrs - für einen großen Teil der*
18 *Bevölkerung langfristig unerschwinglich zu werden.*

19 *Dies wird über kurz oder lang zu einer erhöhten Nachfrage nach öffentlichen Verkehrsmitteln führen. Um*
20 *dieser erhöhten Nachfrage insbesondere im Bereich des ÖPNV auch ein verbessertes bzw. erweitertes*
21 *Angebot entgegenzusetzen, muss der Thüringer Verkehrsminister endlich ein landesweites*
22 *Nahverkehrskonzept vorlegen. Land und Kreise dürfen verkehrspolitisch in Zukunft nicht mehr aneinander*
23 *vorbei planen (siehe Gotha – Gräfenroda). Wenn das Gleis endet, muss es mit dem Bus weitergehen*
24 *können.*

C3

Antragsteller: Kreisverband Weimarer Land/ Weimar

 angenommen
 abgelehnt
 überwiesen an:

1 **SOZIALE DURCHMISCHUNG BEI GROßEN WOHNUNGS- UND** 2 **WOHNUNGSBAUUNTERNEHMEN**

3 (Zur Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion)

4 Der Lebensraum Stadt wird immer attraktiver, besonders für junge Menschen, und die Mieten in der
5 gesamten Stadt steigen von Jahr zu Jahr. Sozial Schwächere und Auszubildende können sich kaum noch
6 eine Wohnung zentrumsnah leisten und werden so an den Ortsrand oder sogar aus der Stadt verdrängt.
7 Diese Folgen von Gentrifizierung und der damit verbundenen sozialen Spaltung unserer Gesellschaft muss
8 entgegengewirkt werden! Es kann nicht sein, dass Sozialhilfeempfänger und Auszubildende nicht nur
9 aufgrund ihrer schlechten finanziellen Lage nicht mehr am sozialen Leben in Städten teilnehmen können,
10 sondern auch noch durch den Wohnungsmarkt räumlich separiert werden. Der nett gemeinte Appell an
11 Wohnungsbauunternehmen, sozialen Wohnraum zu schaffen, scheitert genauso wie der soziale
12 Wohnungsbau von gemeinnützigen Gesellschaften in städtischer Hand mit schlechter Anbindung am
13 Rande der Stadt.

14 Wir fordern daher:

- 15 ■ Für Wohnungs- und Wohnungsbaugesellschaften mit einem Bestand von mehr als 80
16 Wohneinheiten (WE) eine bindende Quote von 15 % der WE als soziale Wohnungen auf dem
17 Wohnungsmarkt anzubieten.
- 18 ■ Die sozialen WE sollen auf dem Stadtgebiet gleichmäßig verteilt angeboten werden und nicht auf
19 ein Teilgebiet konzentriert vorhanden sein.
- 20 ■ Jeder, der Sozialhilfe empfängt oder sich in einer Ausbildungsphase befindet, ist berechtigt eine
21 solche Wohnung zu mieten.
- 22 ■ Der Mietpreis einer solchen Wohnung muss 20 % unter dem örtlichen Mietpreisspiegel pro m²
23 liegen.
- 24 ■ Ein jedes Quartier muss jährlich einen repräsentativen Mietspiegel veröffentlichen.

25 Durch diese Forderungen wollen wir eine soziale Durchmischung in der Stadt wieder erreichen. Die
26 Mieterquote soll sich nur auf große Wohnungs- und Wohnungsbauunternehmen beschränken, um private
27 Vermieter mit relativem kleinem Wohnungsbestand nicht unnötig zu belasten und deren Existenz zu
28 gefährden.

29 Wohnungs- und Wohnungsbauunternehmen spielen eine zentrale Rolle in der Stadtpolitik und können die
30 soziale Struktur in einem Quartier stark beeinflussen. Indem die Ausweisung der sozialen Wohnungen über
31 deren Bestand gleichmäßig verteilt sein soll, soll die Gentrifizierung eines ganzes Wohnhauses oder
32 Blockes verhindert werden. Indem sozial Schwächere und Auszubildende ein Wohnrecht auch in besser
33 situierten Wohnquartieren haben, werden nicht nur die hochpreisigen Immobilien renoviert und saniert,
34 sondern auch die sozialen WE, die sich im gleichen Gebäude befinden.

35 Die gebundene Miete, welche 20 % unter dem ortsüblichen Quadratmeterpreis liegen muss, soll die
36 Aufwärtsspirale steigender Mieten in Städten aufhalten. Es macht keinen Sinn nur den ortsüblichen
37 Quadratmeterpreis zu zahlen, da dieser nur aus dem Mittelwert aller Mieten ermittelt wird. Um den
38 überbeurten Mietpreisen von Luxusimmobilien aus diesem Mittelwert entgegenzuwirken, muss daher der
39 Quadratmeterpreis unter dem ortsüblichen angeboten werden.

40 Wir beschränken uns bewusst nur auf Wohneinheiten und nicht auf die vergebende Quadratmeterzahl des
41 Wohnungsbestandes. Einige Wohnungs- und Wohnungsbaugesellschaften besitzen Immobilien und
42 Grundstücke, auf denen Garagen, Stellplätze oder leerstehende Hallen vorhanden sind. Da diese Flächen
43 nicht für den sozialen Wohnungsmarkt relevant sind, fordern wir nur eine Quote, die sich auf WE
44 beschränkt. Um zusätzlich Investitionen für großflächige WE auf dem freien Markt nicht zu behindern,
45 fordern wir deswegen nur eine Quote, die sich auf die Anzahl der WE beschränkt und nicht auf deren
46 Wohnfläche.

C4

Antragsteller: Kreisverband Jena

 angenommen
 abgelehnt
 überwiesen an:

1 RUNDfunkBEITRAG ABSCHAFFEN

2 Der neue Rundfunkbeitrag ist in seiner Umsetzung unzureichend und nicht tragbar. Große Irritation wurden
3 bei Firmen und Kommunen z. B. durch die Regelung ausgelöst, dass je Fahrzeug rund 6 €/Monat bezahlt
4 werden müssen, wobei ein Fahrzeug pro Betriebsstätte frei ist. Das bedeutet, dass z. B. Autovermietungen
5 oder Autohäuser mit deutlichen Mehrkosten rechnen müssen, genauso betroffen sind aber z. B.
6 kommunale Betriebsstätten für Winter-dienst oder Straßenreinigung. Auch die Definition der
7 "Betriebsstätte" lässt reichlich Interpretationsspielraum und würde bedeuten, dass auch Friedhöfe mit
8 Aufenthaltsräumen oder ein Wertstoffhof mit Bürocontainer beitragspflichtig sind (unabhängig von
9 tatsächlich vorhandenen Empfangsgeräten). Wenn eine Kommune zum Beispiel viele öffentliche
10 Beratungsstellen einrichtet, um näher am Bürger zu sein, wird sie vom Rundfunkbeitrag dafür bestraft:
11 Denn mehr "Betriebsstätten" bedeuten auch ein Mehr an Beiträgen.

12 Unternehmen die viele Mitarbeiter an einem großen Standort konzentrieren zahlen weniger, als
13 Unternehmen die ihre Mitarbeiter auf viele kleine Standorte verteilt haben. 4000 MA_innen an einem
14 Standort würden z.B. einen Beitrag von 719,20 € bedeuten, während dieselbe Anzahl verteilt auf 400
15 Fillialen mit je 10 MA_innen zu einer Belastung von 7192,00 € führt. Deshalb fordern die Jusos Thüringen
16 eine Abschaffung des Rundfunkbeitrags und eine Umstellung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf
17 eine nachhaltige und ausgewogene Finanzierungsstruktur.

C5

Antragsteller: Kreisverband Jena

 angenommen
 abgelehnt
 überwiesen an:

1 **TRINKWASSER IST EIN MENSCHENRECHT – EUROPÄISCHE** 2 **LIBERALISIERUNG STOPPEN!**

3 Um für alle Menschen uneingeschränkt und sozial verträglich einen Zugang zu der Ressource Trinkwasser
4 sicher zu stellen, fordern die Jusos Thüringen die Schaffung eines entsprechenden rechtlichen Rahmens.
5 Die Privatisierung der Wasserwirtschaft ist abzulehnen und jeglicher Marktöffnung bzw. Liberalisierung
6 entgegenzutreten. Wir fordern die Europäische Kommission auf von ihrer Richtlinienkompetenz Gebrauch
7 zu machen, um damit bisher bestehende Privatisierungstendenzen in diesem Bereich wieder rückgängig
8 zu machen. Um den Druck auf die europäischen Instanzen zu erhöhen, unterstützen wir die Bestrebungen
9 der europäischen Bürgerinitiative „Wasser ist Menschenrecht“. Für Deutschland fordern wir einen Artikel im
10 Grundgesetz, der die Privatisierung der Wasserwirtschaft verbietet. Um die globale Umsetzung des
11 Menschenrechts auf Wasser voranzutreiben, rufen wir die EU und ihre Mitgliedsstaaten auf, dieses Ziel
12 stärker und uneigennützig zu unterstützen.

13 Da es sich bei Wasser um ein Menschenrecht handelt, darf die globale Dimension der Problematik nicht
14 vernachlässigt werden – die EU und sein Mitgliedstaaten sollen in Zukunft auch die weltweite Umsetzung
15 dieses Menschenrechts stärker und uneigennützig unterstützen und vorantreiben. Ein Recht auf
16 Trinkwasser darf jedoch nicht nur auf europäischer Ebene eingefordert werden. Um das Menschenrecht
17 auf Wasser in Deutschland durchzusetzen und zu schützen, bedarf es eines Verbots von Privatisierungen
18 in diesem Bereich, das in das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen werden muss.
19 Die Jusos Thüringen fordern zu diesem Zweck die SPD Thüringen auf, die europäische Bürgerinitiative
20 „Wasser ist Menschenrecht“ zu unterstützen, ihre Mitglieder zu informieren und für die Bürgerinitiative zu
21 werben.

22 *Begründung:*

23 *Wasser ist die existenzielle Grundlage allen Lebens auf der Erde und damit einer der sensibelsten und*
24 *wertvollsten Rohstoffe, die unser Planet besitzt. Deshalb wurden der Zugang zu Wasser und eine sanitäre*
25 *Grundversorgung von den Vereinten Nationen 2010 zum Menschenrecht erklärt. Es ist ein öffentliches Gut*
26 *und darf keine Handelsware sein oder Gegenstand von Spekulationen. Um diesen Forderungen gerecht zu*
27 *werden, muss die Wasserwirtschaft von Privatisierungen ausgeschlossen und den Regeln der freien*
28 *Wirtschaft entzogen werden.*

C6

Antragsteller: Kreisverband Greiz

 angenommen
 abgelehnt
 überwiesen an:

1 **20 JAHRE TAFELN – DER STAAT MUSS SEINE** 2 **ARMUTSBEKÄMPFUNG STÄRKER WAHRNEHMEN**

3 Im Jahr 1993 hat die erste Tafel in Berlin eröffnet. Im Jahr 2013 – zwanzig Jahre später – ist dies für uns
 4 kein Grund zum Feiern. Die Notwendigkeit dieser Einrichtungen und die zunehmende Verbreitung dieser
 5 und ähnlicher (wie Kleiderkammern oder Suppenküchen) sozialer Infrastruktur ist Ausdruck eines nicht
 6 richtig funktionierenden Sozialstaats. Gerade in einem reichen Land wie Deutschland und mitten in
 7 Europa bedeutet die mittlerweile obligatorische private Initiative ein Fehllaufen der staatlichen
 8 Armutsbekämpfung. Gerade bei den Tafeln wird das Auseinanderdriften in eine Gesellschaft mehrerer
 9 Klassen deutlich: Dort werden Produkte, die kurz vor dem Mindesthaltbarkeitsdatum stehen, aus
 10 Überproduktionen stammen oder deren Verpackung beschädigt ist, weitergegeben – also Waren, die für
 11 diejenigen, die sich leisten könnten, nicht mehr gut genug oder Ausdruck der Überproduktionsgesellschaft
 12 sind. Die Würdigung des privaten Engagements durch Politikerinnen und Politikern ist die willkommene
 13 Manifestierung dieser Unterschiede, der Rückzug des Staates aus einem seiner Kernbereiche, den
 14 Menschen ein würdiges Leben ohne Armut bieten zu können.

15 Wir fordern deshalb:

- 16 ■ Tafeln als dauerhafter institutionalisierter Bestandteil der sozialen Infrastruktur lehnen wir mit aller
 17 Entschiedenheit ab. Sie sind für uns keine willkommene Einsparmaßnahme für die staatlichen und
 18 kommunalen Haushalte.
- 19 ■ Die Entwürdigung und Stigmatisierung derer, die mangels staatlicher und kommunaler Ange-
 20 boten auf die Tafeln angewiesen sind, muss beendet werden. Qualitätsstandards an Nah-
 21 rungsmitteln gelten für alle Menschen, nicht nur für diejenigen, die sich ihren Bedarf finanzi-
 22 ell leisten können.
- 23 ■ Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sollen keine Schirmherrschaften mehr über Ta-
 feln übernehmen und bestehende zurückgeben.

C7

Antragsteller: Kreisverband Erfurt

 angenommen
 abgelehnt
 überwiesen an:

1 **UMBENENNUNG DES THÜRINGER ZOOS** 2 **IN DREI-STADT-ZOOPARK**

3 Die Jusos Thüringen fordern die SPD Thüringen sich dafür einzusetzen, den Zoopark in Erfurt in Drei-
 4 Stadt-Zoopark umzubenennen. Außerdem setzen sie sich für die Wiedereinführung der Zebrawurst ein.

D1

Antragsteller: Landesvorstand

 angenommen
 abgelehnt
 überwiesen an:

1 ALLES WAS ICH WILL IST DAZUGEHÖREN!

2 Menschen mit Migrationshintergrund, die von der Mehrheitsgesellschaft als „anders“ wahrgenommen
 3 werden, sind strukturellen Diskriminierungen ausgesetzt. Sie müssen häufig größere Hürden im Schul- und
 4 Ausbildungssystem überwinden, sind auf dem Arbeitsmarkt größeren Belastungen ausgesetzt und
 5 politische Partizipation wird ihnen erschwert. Unser Ziel als Jusos ist aber eine Gesellschaft, in der alle
 6 Menschen die gleiche Anerkennung und die gleichen Chancen erhalten, egal woher sie kommen, welche
 7 Hautfarbe sie haben oder welcher Kultur oder Religion sie sich zugehörig fühlen.

8 Miteinander reden – Sprache ist ein inklusiver Faktor

9 Gute Sprachkenntnisse sind in vielen gesellschaftlichen Bereichen Voraussetzung für Teilhabe – sei es in
 10 der Schule, im Job, im Verein oder in der Politik. Sprachlichen Defiziten, die die gesellschaftliche Teilhabe
 11 erschweren, sollte daher eine gezielte Förderung entgegengesetzt werden, die schon in den
 12 Kindertagesstätten beginnt, da hier am ehesten sprachliche Defizite korrigiert werden können. Eine
 13 Sprachförderung ist für alle Kinder sinnvoll, egal ob mit oder ohne Migrationshintergrund. Auf diese Weise
 14 wird Segregation vermieden und eine Förderung aller Kinder gewährleistet.

15 Anders gestaltet sich die Situation für Kinder im schulpflichtigen Alter. Einerseits sollen Kinder mit
 16 Sprachdefiziten nicht aus ihrer Klassensituation gerissen werden, weil sie auf diese Weise den Schulstoff
 17 verpassen, was sich in schlechten Noten niederschlägt. Außerdem nehmen sie so in der Klasse eine
 18 negativ konnotierte Sonderrolle ein. Andererseits wird ein separater Unterricht nach der Schule als
 19 Nachsitzen wahrgenommen und wirkt ebenso stigmatisierend. Wir fordern daher eine individuelle
 20 Förderung am Nachmittag im Rahmen von Gemeinschaftsschulen: jede_r soll in dem Bereich gefördert
 21 werden, in dem er_sie es benötigt – sei es bzgl. der Sprache, in Mathematik oder Bio.

22 Dieser Unterricht sollte im Gegensatz zur aktuellen Praxis von speziell dafür ausgebildetem Personal
 23 durchgeführt, welches in der Lage ist, Deutsch als Fremdsprache zu unterrichten.

24 Uns ist dabei bewusst, dass diese Forderung nicht unumstritten ist, weil viele Menschen mit
 25 Migrationshintergrund Diskriminierungserfahrungen machen und ihnen ihre Zugehörigkeit zur Gesellschaft
 26 abgesprochen wird, obwohl sie perfekt deutsch sprechen und nie eine andere Sprache als ihre
 27 Muttersprache bezeichnet haben. Wir halten daher Sprachförderung dann für sinnvoll, wenn sie benötigt
 28 wird, ganz unabhängig davon, welchen Hintergrund ein Kind hat.

29 Bezahlbaren Wohnraum in allen Stadtteilen schaffen

30 Durch die verfehlte Wohnungspolitik der vergangenen Jahrzehnte wurden Migrant_innen, welche als
 31 sogenannte Gastarbeiter_innen nach Deutschland kamen, Wohnungen in bestimmten Stadtvierteln
 32 zugewiesen. Dies ist heute noch erkennbar. Viele Menschen mit Migrationshintergrund leben heute
 33 vorwiegend in städtischen Randlagen und befinden sich in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Durch
 34 die hohen Mieten in den Innenstädten verfestigt sich dieser Zustand jedoch nur noch weiter. Wir fordern
 35 deshalb ein Ende der Fokussierung auf Luxussanierungen innerstädtischen Wohnraums und sozialen
 36 Wohnungsbau in allen Stadtgebieten.

37 **Einstellungskriterien transparent machen – Bewerbungen anonymisieren**

38 Wenn man in die Chefetagen vieler Unternehmen schaut, könnte man meinen, die Einstellungskriterien
39 seien: weiß, männlich, christlich. In vielen Behörden zeigt sich ein ähnliches Bild. Zahlreiche Studien
40 belegen, dass Menschen, deren Namen oder Bewerbungsfoto auf einen Migrationshintergrund schließen
41 lässt, schlechtere Chancen haben, überhaupt zum Bewerbungsgespräch eingeladen zu werden, obwohl
42 sie gleich oder besser qualifiziert sind. Daher fordern wir anonymisierte Bewerbungsverfahren für alle
43 Unternehmen, sodass alle Menschen die gleichen Chancen auf einen guten Job haben. Die Behörden
44 sollten dabei mit gutem Beispiel voran gehen.

45 **Demokratie funktioniert nur, wenn alle was zu sagen haben!**

46 Noch immer ist das Wahlrecht in Deutschland an die Staatsbürgerschaft gekoppelt. Zahlreiche Debatten
47 werden immer wieder um das Regionalwahlrecht für EU-Bürger_innen und das Kommunalwahlrecht für
48 alle Einwohner_innen geführt. Wir Jusos können diese Diskussionen nicht mehr hören! Eine Demokratie
49 gelangt unserer Meinung nach unter Legitimationsdruck, wenn sie einen Teil der Menschen, die in ihr
50 leben, konsequent von Entscheidungsprozessen ausschließt.

51 Die Jusos Thüringen fordern daher das uneingeschränkte aktive und passive Wahlrecht auf Kommunal-,
52 Landes- und Bundesebene für alle Menschen unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft.

53 Wir Jungsozialist_innen stehen für die Möglichkeit zur umfassenden Partizipation aller. Dabei dürfen nach
54 unserem Verständnis weder der soziale Status noch eine bestimmte Staatsbürgerschaft Hindernisse sein.

55 Natürlich kann das Wahlrecht nur ein erster Schritt hin zu gleichberechtigter politischer Partizipation von
56 Migrant_innen sein. Aber es ist eine Frage des Respekts und ein Signal, dass in einer Demokratie die
57 Interessen aller Menschen, die in ihr leben, gehört und ernst genommen werden. Wir erklären uns
58 solidarisch mit allen Menschen, die hier leben und die Bedingungen dieses Lebens demokratisch und
59 selbstbestimmt mitgestalten möchten!

60 **Alle sollen dazugehören – auch bei uns Jusos!**

61 Wir Jusos freuen uns sehr, dass wir schon viele junge Menschen mit Migrationshintergrund dazu
62 ermuntern konnten, sich bei uns zu engagieren. Doch müssen wir uns immer wieder kritisch hinterfragen,
63 ob es nicht auch bei uns unsichtbare Barrieren für junge Migrant_innen gibt, sich bei uns einzumischen,
64 die es abzubauen gilt und ob unsere migrationspolitischen Forderungen auch im Sinne der Betroffenen
65 sind.

66 Menschen mit interkulturellen Erfahrungen in unseren Strukturen wollen wir daher gezielter ansprechen
67 und zur Mitarbeit bewegen. Auch werden wir sie auffordern, uns immer wieder mitzuteilen, wenn wir
68 (unbewusst) Ausschließungsmechanismen produzieren. Dazu ist es auch wichtig, alte Strukturen kritisch
69 auf ihren Ausschluss-Charakter hin zu hinterfragen.

70 Wir wollen außerdem weiterhin den Kontakt zu Migrant_innenorganisationen suchen und ausbauen. Im
71 Gespräch mit ihnen werden wir ihre Sicht auf Probleme und Lösungsvorschläge aufnehmen und in
72 unseren Reihen diskutieren. Zudem wollen wir prüfen, welche Mitmachangebote für Jugendliche wir
73 machen können, die sich in Migrant_innenorganisationen engagieren, aber (noch) nicht bei den Jusos.

D2

Antragsteller: Kreisverband Erfurt

 angenommen
 abgelehnt
 überwiesen an:

1 MIT GUTEM BEISPIEL VORAN, 2 SAGEN WIR DISKRIMINIERUNG DEN KAMPF AN!

3 Die Jusos Thüringen fordern die SPD Thüringen auf, sich für die Einführung eines anonymisierten
4 Bewerbungsverfahrens für alle Behörden des Landes und der Kommunen einzusetzen, um so auch
5 ungewollte Ressentiments vor dem Bewerbungsgespräch größtmöglich zu vermeiden. In einem solchen
6 Verfahren tauchen weder:

7 Name

8 Geschlecht

9 Alter

10 Geburtsort

11 Nationalität

12 Lichtbild

13 Konfession

14 Familienstand

15 auf.

16 Die Bewerber_innen hinterlassen ihre persönlichen Daten bei einer Vertrauensperson in der
17 Personalabteilung.

D3

Antragsteller: Kreisverband Erfurt

 angenommen
 abgelehnt
 überwiesen an:

1 GEGEN DEN KATEGORISCHEN AUSSCHLUSS VON DER 2 BLUTSPENDE

3 Jedes Jahr sterben in Deutschland viele Menschen, weil es zu wenige Blutkonserven und zu wenige
4 Knochenmarksspender gibt. Dies liegt vor allem an den Richtlinien der Bundesärztekammer zur
5 Gewinnung von Blutprodukten, die homo- bzw. bisexuellen Menschen, die Blutspende aufgrund eines
6 angeblich höheren HIV-Risikos mit einem dauerhaften Ausschluss verwehrt. Dafür reicht ein einmaliger
7 gleichgeschlechtlicher Sexualkontakt bereits aus.

8 Natürlich wird jede Blutspende getestet. Jedoch gibt es ein Zeitfenster, in dem insbesondere eine frische
9 HIV-Infektion noch nicht nachgewiesen werden kann. Darum wurden sogenannte "Risikogruppen"

10 festgelegt, die generell von der Blutspende ausgeschlossen sind. Dazu zählen Prostituierte,
 11 Drogenkonsument*innen, Gefängnisinsassen und eben auch homo- bzw. bisexuelle Menschen. Dieser
 12 unbegründete diskriminierende Akt schließt diese Menschen zu Unrecht kategorisch von der Blutspende
 13 aus, was unserem Verständnis von Teilhabe und Partizipation entgegensteht.

14 Lediglich 1% aller homo- bzw. bisexuellen Männer haben tatsächlich eine HIV-Infektion. Rund die Hälfte
 15 aller homo- bzw. bisexuellen Männer leben in einer festen Partnerschaft ohne ständig wechselnde
 16 Sexualpartner. Und mehr als 70% aller homo- bzw. bisexuellen Männer mit wechselnden
 17 Geschlechtspartnern haben ausschließlich Safer Sex mit Kondom und sind demnach von einem
 18 Infektionsrisiko praktisch ausgeschlossen. Folglich ist es völlig unbegründet homo- bzw. bisexuellen
 19 Menschen ein höheres Infektionsrisiko zu unterstellen als heterosexuellen, die ebenfalls wechselnde
 20 Sexualpartner*innen haben, aber wesentlich häufiger auf Kondome (wegen anderer Verhütungsmittel wie
 21 der Pille) verzichten. So könnte jedes Jahr sehr viel mehr Blut gespendet werden und auch mehr
 22 Menschen zur Knochenmarkspende zugelassen werden, was vielen Menschen das Leben retten könnte.

23 Größtmögliche Sicherheit für die Blutspenden muss natürlich im Vordergrund stehen, aber jede*r
 24 Spender*in sollte nach jeweiligen Sexualgewohnheiten und individuellem Risikoverhalten befragt werden.
 25 So würden natürlich auch heterosexuelle Menschen genauer befragt, und bei einem risikobehafteten
 26 Lebensstil von der Blutspende ausgeschlossen. Dadurch gäbe es also insgesamt einen größeren
 27 Sicherheitsfaktor bei der Spende und man könnte damit aufhören homo- bzw. bisexuelle Menschen unter
 28 den Generalverdacht der HIV-Infektion zu stellen. Es kann nicht weiter angehen, dass aufgrund der
 29 sexuellen Orientierung eines Menschen automatisch auf dessen Promiskuität geschlossen wird und dieser
 30 durch den Ausschluss von der Blutspende stigmatisiert wird.

31 Deshalb fordern wir Jusos eine Änderung der Richtlinien zur Gewinnung von Blutprodukten bzw. des
 32 Transfusionsgesetzes und die Aufhebung des Ausschlusskriteriums der sexuellen Orientierung.

D4

Antragsteller: Kreisverband Erfurt

angenommen
 abgelehnt
 überwiesen an:

1 **“IF I CAN'T DANCE TO IT, IT'S NOT MY REVOLUTION.” – 362** 2 **TAGE SIND NICHT GENUG!**

3 In Thüringen darf am Karfreitag ganztägig, am Volkstrauertag (03:00 – 24:00 Uhr), am Totensonntag (03:00
 4 – 24:00 Uhr) und am Heiligabend (15:00 – 24:00 Uhr) nicht getanzt werden. Dies schließt nicht nur
 5 gewerbliche Tanzveranstaltungen ein sondern auch sonstige öffentliche Veranstaltungen (mit
 6 Ausnahmen). Geregelt ist das Tanzverbot im Thüringer Feiertagsgesetz. Störinnen und Störer können mit
 7 einer Geldbuße von bis zu 5.000 EUR belegt werden.

8 Tanzverbote sind unserer Meinung nach nicht zeitgemäß, eine Bevormundung der Thüringer BürgerInnen
 9 durch eine tradionalistische und religiöse Gesetzgebung nicht hinnehmbar. Die Jusos setzen sich ein, für
 10 einen freiheitlichen Staat, in dem Konfessionsfreie und Gläubige verschiedener Religionen gleichberechtigt
 11 und friedlich miteinander leben können. Dies ist Basis für eine pluralistische Gesellschaft.

12 Wir fordern die SPD-Fraktion im Thüringer Landtag auf sich für die Abschaffung von Tanzverboten
 13 einzusetzen.

D5

Antragsteller: Kreisverband Jena

 angenommen
 abgelehnt
 überwiesen an:

1 **KONSERVATIVE FAMILIENBILDER BRECHEN –** 2 **GESELLSCHAFTLICHE REALITÄTEN ANERKENNEN!**

3 Die Familie ist die Keimzelle der Gesellschaft, allerdings ist die alte Formel Ehemann, Ehefrau, Kind längst
 4 überholt und entspricht nicht mehr den gesellschaftlichen Realitäten. Für die Jusos Thüringen existiert
 5 Familie dort wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen, insbesondere Eltern für ihre Kinder.
 6 Die gängige Praxis im Ehegattensplitting stellt daher eine unzulässige Diskriminierung von Homosexuellen
 7 Paaren, Alleinerziehenden und ledigen Elternpaaren dar. Um dem vom Grundgesetz vorgesehenen
 8 besonderen Schutz der Familie weiterhin zu gewährleisten, fordern die Jusos Thüringen deshalb eine
 9 Umwandlung des sog. „Ehegattensplittings“ in ein Kindersplitting. Dabei sollen die finanziellen Vorteile des
 10 „Ehegattensplittings“ auf die bereits bestehenden Kinderfreibeträge übertragen werden.

D6

Antragsteller: Kreisverband Weimarer Land / Weimar

 angenommen
 abgelehnt
 überwiesen an:

1 **ENTKRIMINALISIERUNG VON DROGENSÜCHTIGEN**

2 Wir fordern die strafrechtliche Nichtverfolgung von Drogensüchtigen.

3 Drogensüchtige werden laut §30 BtMG strafrechtlich verfolgt und können mit einer Freiheitsstrafe von bis
 4 zu fünf Jahren rechnen. Zwar gibt es laut §35 BtMG eine Klausel namens „Hilfe vor Strafe“, im Rahmen des
 5 §31 a BtMG werden auf Ebene der Staatsanwaltschaft aber kaum Maßnahmen im Rahmen dieses Prinzips
 6 getroffen! Die Klausel beinhaltet, dass Drogensüchtige im Gefängnis therapiert werden und nebenbei ihre
 7 Haftstrafe absitzen können. Die Realität sieht aber anders aus. Die Gefängnisse haben viel zu wenige
 8 Therapieplätze, geschweige denn substituierende Ärzte. So werden die meisten Drogensüchtigen auf
 9 kalten Entzug gesetzt und geraten so in große Versuchung, wieder zu Drogen zu greifen.

10 Eine strafrechtliche Verfolgung von Drogensüchtigen ist nicht sinnvoll, wenn sie im Gefängnis mit ihrer
 11 Sucht alleine gelassen werden.

12 Nicht nur in den Gefängnissen ist die geringe Zahl der Drogenberatungsstellen und der Therapieplätze
 13 alarmierend, auch in den Ländern kommen auf einen Therapieplatz mehrere Drogensüchtige! Meist
 14 müssen diese dann auf einen Therapieplatz warten, wobei sie diese Zeit nicht haben und verfallen wieder
 15 in ihre Sucht.

16 Die Entkriminalisierung kann Schritt für Schritt dadurch erreicht werden, dass mehr Ärzte zum
 17 Substituieren ausgebildet werden. Dadurch, dass dies von der Krankenkasse bezahlt wird, werden die
 18 Drogensüchtigen ermutigt, den Schritt aus der Abhängigkeit zu wagen und müssen nicht mehr straffällig
 19 werden, indem sie kleinere Gewaltdelikte zur Geldbeschaffung für die Drogen tätigen.

20 Die Therapie kann nur der einzige Schritt sein, um Drogenabhängige nicht mehr straffällig werden zu
21 lassen.

22 Deshalb fordern wir:

23 ■ Mehr Therapieplätze in den Gefängnissen

24 ■ Mehr Therapieplätze außerhalb der Gefängnisse

25 ■ Eine weitreichendere Ausbildung von Suchttherapeuten

26 ■ Mit der Suchttherapie ist die Strafe abgegolten. Ausgenommen sind hierbei Delikte gegen die
27 körperliche Unversehrtheit.

28 ■ Die Drogenberatungsstellen sollen zur Vorbeugung gestärkt und erweitert werden.

29 ■ Für Schwerstabhängige soll durch eine flächendeckende Ausbildung von Ärzten im Bereich der
30 Substitution der Weg aus der Abhängigkeit erleichtert werden.

1

D8

Antragsteller: Kreisverband Erfurt

angenommen
 abgelehnt
 überwiesen an:

1 **RASSISTEN IN DER SPD? NEIN DANKE!**

2 **Unvereinbarkeitsbeschluss mit Dachverband „Deutsche Burschenschaften“**

3 Die SPD Thüringen wird aufgefordert, alle notwendigen Vorbereitungen und Schritte zu unternehmen, um
4 eine Wiederaufnahme des Verfahrens zur Herbeiführung eines Unvereinbarkeitsbeschlusses bezüglich
5 einer Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und ihren
6 Arbeitsgemeinschaften und der Mitgliedschaft in einer, in dem Dachverband „Deutsche Burschenschaften“
7 organisierten Burschenschaft, anzustreben.

8 Der Juso Landesvorstand wird aufgefordert, die Vorbereitungen des Verfahrens zur Herbeiführung eines
9 Unvereinbarkeitsbeschlusses tatkräftig zu unterstützen und auf allen ihm zugänglichen politischen Ebenen
10 bei Jusos und SPD nachhaltig um Unterstützung für diesen Antrag zu werben.

D9

Antragsteller: Landesvorstand

 angenommen
 abgelehnt
 überwiesen an:

1 **QUO VADIS VERFASSUNGSSCHUTZ?**

2 Seit spätestens 2 Jahren ist bekannt, dass ein rassistisches Terrortrio aus Thüringen zwischen 2000 und
3 2007 deutschlandweit mindestens 10 Menschen töten konnte. Diese erschreckenden Taten sind noch
4 immer nicht vollständig juristisch und politisch aufgearbeitet, doch für uns ist klar: diese Mordserie war
5 keine Ausnahme – sie war der radikalste Ausdruck einer menschenfeindlichen Gesinnung, die durch
6 Behörden des Staates nicht bekämpft werden konnte und deren Strukturen zum Teil sogar toleriert,
7 unterstützt und finanziert wurden.

8 Eine unrühmliche Hauptrolle in diesem Trauerspiel nahm dabei das Thüringer Landesamt für
9 Verfassungsschutz ein. Mittlerweile ist klar, dass ein Landesamt, das nach eigener Darstellung die innere
10 Sicherheit bewahren sollte, diese immer wieder gefährdete, indem sie mindestens in einem Fall
11 Ermittlungen gegen das Unterstützernetzwerk behinderte und allgemein die Aufklärung der
12 Staatsanwaltschaft und Polizei nicht oder nicht ausreichend unterstützte. Selbst der Verdacht, dass das
13 Terrortrio indirekt über das Unterstützernetzwerk durch diesen sogenannten Verfassungsschutz finanziert
14 wurde, konnte noch nicht widerlegt werden. Fest steht jedenfalls, dass das Landesamt mindestens einen
15 gewaltbereiten Nazis, der die Mörder im Vorfeld schon mehrfach unterstützt hatte, als V-Mann führte und
16 mit Geld versorgte.

17 **Hausgemachte Probleme...**

18 Ursächlich für diese verhängnisvolle Entwicklung, waren neben einer katastrophalen Personalauswahl im
19 Landesamt selbst und einer gesamtgesellschaftlichen Strategie des Verharmlosens und Wegsehens
20 (rassistisches, antisemitisches, chauvinistisches Gedankengut wird als gesellschaftliches Randproblem
21 gesehen und mit sogenannten Linksextremismus gleichgesetzt), zum Teil sogar die parlamentarisch
22 beschlossenen Gesetze und ministeriell gebilligten Dienstverordnungen. So fehlten beispielsweise klare
23 Grenzen für die Werbung, Führung und Bezahlung von V-Leuten und anderen Informanten, so dass es
24 nicht nur möglich war, auch Führungsleute der NPD anzuwerben und ihnen erhebliche Mengen Geld zu zu
25 spielen, sondern es fehlte auch an Kontrollen und Auswertung der zum Teil engen Bindung zwischen V-
26 Mann und V-Mannführer. So wurden sogar straffällige V-Leute in der rechten Szene noch geschützt, um
27 das aufgebaute V-Mannsystem zu schützen.

28 Eine fachaufsichtliche Kontrolle, die gegen hier nur beispielhaft aufgeführte Missstände hätte vorgehen
29 müssen, fand zeitweilig gar nicht statt. Auch die parlamentarische Kontrolle war nur ein demokratisches
30 Feigenblatt, jedoch weder personell noch sachlich ausreichend ausgestattet, um den Sumpf, der sich im
31 Landesamt ausbreitete trocken zu legen. So durfte die parlamentarische Kontrollkommission (ParlKK)
32 bisher nur im Nachhinein, teilweise mit erheblichen zeitlichen Verzug, Vorgänge im Landesamt
33 kontrollieren, die Akteneinsicht wurde erschwert und zum Teil behindert und Mitarbeiter_innen des
34 Landesamtes durften sich bisher nicht direkt unter Umgehung des Dienstweges an die ParlKK wenden,
35 wenn ihnen Missstände in der eigenen Behörde aufgefallen sind.

36 Eine neue Sicherheitsarchitektur

37 Für uns Jusos steht angesichts dieser mannigfaltigen Verfehlungen fest: in der Thüringer
38 Sicherheitsarchitektur bedarf es einen grundlegenden Wandel. Jede Sicherheitspolitik muss sich aufgrund
39 ihres Eingriffs in die Freiheitssphären der Menschen, an der Freiheit messen lassen muss, die durch sie
40 gewonnen wird. Ein Landesamt, das die Freiheit der Bürger_innen nicht schützt, sondern demokratische
41 Kultur beschädigt, genießt keinen Bestandsschutz.

42 Wir sind jedoch der Meinung, dass eine Debatte über Sicherheitspolitik nicht an Namen von Behörden,
43 sondern anhand ihrer Aufgaben, Befugnisse und der damit verbundenen Kontrolle geführt werden sollte.
44 Eine Verlagerung eines Amtes in ein Ministerium bringt daher nicht an sich schon einen Mehrwert und
45 ersetzt keine Aufgabenkritik. Insbesondere da die Fachaufsicht, die im Innenministerium(!) angesiedelt ist,
46 auch bisher die Verfehlungen nicht verhindern konnte. Uns Jusos kommt es nicht auf den Namen oder die
47 Lage des Briefkastens, sondern auf die Funktion im Gesamtgefüge an.

48 Wir wollen daher auch eine grundsätzliche gesellschaftliche Debatte führen, ob und wie ein
49 Inlandsgeheimdienst, wie der Verfassungsschutz, den an ihn auch in Zukunft gestellten Aufgaben noch
50 gerecht werden kann; oder ob nicht die politische und die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit
51 Feinden der Verfassung eine freiheitliche Demokratie besser schützen könnte. Insbesondere da sich in
52 letzter Zeit die Recherche durch Journalisten und Antifagruppen über Tätigkeiten im Nazimilieu als
53 schneller, aktueller und öffentlichkeitswirksamer herausgestellt haben, als die im Verfassungsschutzbericht
54 veröffentlichten Informationen.

55 Allerdings soll uns dies nicht von der Verantwortung entlasten, auch unter bestehenden Verhältnissen für
56 eine bessere Sicherheitspolitik zu streiten. Denn wir sind uns in der derzeitigen politischen Situation
57 (insbesondere mit Blick auf die insoweit verpflichtende bundesgesetzliche Regelung¹) bewusst, dass es
58 auch einer Auseinandersetzung mit den zukünftigen Aufgaben, Befugnissen und der Kontrolle des
59 zukünftigen Verfassungsschutzes bedarf. Solange es den politischen Willen zu einem Verfassungsschutz
60 in der Form jetzigen Form gibt, müssen wir uns auch an der Debatte um dessen Ausgestaltung beteiligen.

61 Klare Gesetzliche Regeln

62 Wir Jusos fordern daher ein neues Thüringer Verfassungsschutzgesetz, indem klar formuliert wird, gegen
63 wen sich die Befugnisse richten. Der Verfassungsschutz sollte sich dabei auf wesentliche Bedrohungen
64 der freiheitlichen Ordnung konzentrieren, die typischerweise mit Gewalt gegen Menschen und nach dem
65 Muster gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit agieren. Kernaufgabe sollte daher die Sammlung und
66 Auswertung von Informationen über Bestrebungen von rassistischen, antisemitischen, antidemokratischen
67 und fremdenfeindlichen Strukturen sein. Bisherige Aufgaben, die nicht unter diese Kernaufgabe fallen,
68 beispielsweise die weitere Überwachung etwaiger Strukturen aus DDR-Zeiten, ist ebenso aus den
69 Aufgabenzuweisungen zu streichen, wie die Sammlung von Informationen über die Organisierte
70 Kriminalität oder Strukturen, die sich im demokratischen Rahmen für einen Verfassungswandel
71 engagieren. Schließlich lehnen wir die Wahrnehmung pädagogischer Aufgaben durch den
72 Verfassungsschutz ab – politische Aufklärungs- und Bildungsarbeit soll ausschließlich durch die
73 Landeszentrale (ggf. Bundeszentrale) für politische Bildung wahrgenommen werden.

74 Des Weiteren müssen die Befugnisse des Verfassungsschutzes kritisch hinterfragt werden. Von
75 besonderer Dringlichkeit scheint hier die Evaluation der Sammlung von Informationen durch V-Leute zu

¹ Gemäß § 2 Abs. 2 Bundesverfassungsschutzgesetz sind alle Länder verpflichtet „eine Behörde zur Bearbeitung von Angelegenheiten des Verfassungsschutzes“ zu unterhalten. Die Grundlage dieser bundesgesetzlichen Verpflichtung liegt in der ausschließlichen Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes für die Zusammenarbeit „zum Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes (Verfassungsschutz)“ (Art. 73 Abs. 1 Nr. 10 b Grundgesetz).

76 sein, insbesondere immer dann, wenn die V-Leute Geld für die Information erhalten. Auch unabhängig der
77 negativen Erfahrungen in der Vergangenheit stellt sich die Frage nach dem Wert von Informationen, die
78 von V-Leuten abgekauft werden. Sofern jedoch an einer V-Mann-Praxis festgehalten werden soll, ist die
79 Werbung und Führung auf eine klare gesetzliche Basis zu stellen und mit erheblichen Hürden zu
80 verbinden. Von der Steuerung der Tätigkeiten der beobachteten Organisationen soll generell und von
81 Bezahlung in der Regel abgesehen werden.

82 **Neue Verfassungsschützer_innen braucht das Land**

83 Allerdings sind auch die besten gesetzlichen Regeln wirkungslos, wenn das verantwortliche Personal den
84 Anforderungen in diesem sensiblen Bereich nicht gerecht wird. Unserer Ansicht nach bedarf es einen
85 grundsätzlichen Wandel des Selbstverständnisses aller Mitarbeiter_innen, verbunden mit einem
86 Personalwechsel auf den meisten führenden Positionen. Anstatt Corpsgeist müssen Offenheit und
87 Verantwortungsbewusstsein die Arbeit des Verfassungsschutzes prägen. Eine Weiterarbeit in der
88 Hoffnung, zukünftig würden solche Fehler ausbleiben ist für uns keine Perspektive.

89 Die Personalauswahl sollte daher stärker darum bemüht sein, die Vielfalt der Gesellschaft abzubilden –
90 gerade hinsichtlich Geschlecht, Herkunft, religiöser und weltanschaulicher Einstellung sollte zukünftig auf
91 eine ausgewogenere Besetzung geachtet werden. Um den Corpsgeist zu verhindern, ist außerdem in
92 Zukunft auf eine angemessene Personalrotation zu achten. In sich geschlossene Karrierewege im
93 Verfassungsschutz lehnen wir ab.

94 **Politische Verantwortung wahrnehmen**

95 Alle Maßnahmen sind schließlich mit einer Verstärkung der Fachaufsicht und der parlamentarischen
96 Kontrolle zu verbinden. Insbesondere der parlamentarischen Kontrolle kommt hier eine Schlüsselrolle zu,
97 da nur diese einen Blick „von Außen“ auf Maßnahmen wirft, die nicht oder erst nachträglich öffentlich
98 gemacht werden. Um diese verantwortungsvollen Aufgabe nachkommen zu können, ist die ParlKK mit
99 zusätzlichen Mitteln auszustatten. Beispielsweise ist ein_e ständige_r Sachverständige_r einzusetzen,
100 die_der die Arbeit der ParlKK sachkundig unterstützt. Außerdem sind die Befugnisse der ParlKK zu
101 erweitern (Herausgabe von Akten; Dienstvorschriften nur noch im Einvernehmen mit der ParlKK;
102 Regelmäßig verpflichtende Unterrichtung über alle Maßnahmen des Verfassungsschutzes; etc.).
103 Schließlich sollte die ParlKK den Verfassungsschutzbericht mitbetreuen, da dieser in der öffentlichen
104 Wahrnehmung einen besonderen Stellenwert einnimmt.

E1

Antragsteller: Juso-Schüler_innen (über Landesvorstand)

 angenommen
 abgelehnt
 überwiesen an:

1 ALLES WAS ICH WILL – 2 EINE GERECHTE UND MODERNE SCHULE!

3 Wir als Jusos setzen uns für eine Schule ein, die sich durch Chancengleichheit auszeichnet. Das veraltete
4 System einer auf Leistung orientierte Schule behindert weiterhin Schüler*innen in ihrer persönlichen
5 Entfaltung, sie schränkt Freizeitmöglichkeiten ein und verursacht zu viel Stress für die oder den Einzelne*n.
6 Insbesondere die Juso-Schüler*innen Thüringen wollen gegen diese Probleme kämpfen, in dem sie sich
7 für eine bessere Schule einsetzen.

8 **Gemeinschaftsschule**

9 Das dreigliedrige Schulsystem fordert die Eltern auf, über den Weg für ihr Kind schon nach der 4. Klasse
10 zu entscheiden. Die Gemeinschaftsschule ermöglicht den Kindern einen längeren gemeinsamen Lern- und
11 Lebensweg mindestens bis zur 8. Klasse. Die Gemeinschaftsschule ist nach zwei Jahren weiterhin als
12 zukunftsfähiges Projekt zu betrachten. Das dreigliedrige Schulsystem fördert die Ausprägung der
13 Stereotype aufgrund der unterschiedlichen Schulformen. Die Gemeinschaftsschule setzt an diesen
14 Problemen an und beseitigt es. Aufgrund des Vorhandenseins der unterschiedlich hohen
15 Anforderungsniveaus und den daraus resultierenden Erfolgchancen wollen die Eltern ihre Kinder auf
16 Gymnasium schicken. Daraus resultieren für viele Schüler Depressionen durch zu viel Leistungsdruck. Die
17 Gemeinschaftsschule wirkt diesem Druck entgegen und verhindert gleichzeitig die Leistungskonkurrenz
18 und die Elitenbildung. Die Schüler*innen der Regelschule werden dabei oft als zukünftiger Teil der
19 unteren sozialen Schicht betrachtet.

20 Wir als Jusos wollen den Problemen des dreigliedrigen Schulsystems entgegenwirken und setzen uns für
21 die flächendeckende Umsetzung der Gemeinschaftsschule ein. Für uns bedeutet es aber auch, dass
22 Gymnasien, Spezialgymnasien und Regelschulen immer mehr eine Seltenheit in Thüringen werden. Am
23 Ende der Entwicklung sollen alle diese Schulformen von der Gemeinschaftsschule abgelöst werden. In der
24 Gemeinschaftsschule sehen wir die Lösung der ansteigenden Kluft zwischen Arm und Reich und
25 Leistungsschwach und Leistungsstark schon im Schulalter. Jede*r Schüler*in soll nach seinen oder ihren
26 Stärken und Schwächen individuell gefördert werden. Es ist unverantwortlich weitreichende
27 Entscheidungen über den eigenen Bildungsweg 10 –oder 11-jährigen Kindern zu überlassen. Und deshalb
28 betonten wir: Der einzige Weg, den wir gehen können, ist eine Schule für Alle.

29 **Inklusion**

30 Die meisten Thüringer Schulen sind weiterhin nicht Barriere frei und verfügen nicht über speziell
31 ausgebildete Mitarbeiter*innen. Das vorhanden sein zwei Faktoren sind tragende Säulen für die Inklusion.
32 Auch nach der Unterzeichnung der "Convention of the Rights of Persons with Disabilities" gibt es wenige
33 Veränderungen im Bezug auf die Wahrnehmung der Menschen. Viele sprechen sich gegen die Inklusion
34 von geistig und/oder körperlich beeinträchtigten Kindern aus, weil immer noch der Glaube da ist, dass sich
35 diese in Förderzentren besser entwickeln können. In Thüringen werden nur 26,6 % aller zur fördernden
36 Schüler*innen inklusiv in der Grundschule betreut. Dies ist unter dem Bundesdurchschnitt(33,6%). In der
37 Sekundarstufe I sind es lediglich 17,0%, wobei dieser Wert höher ist als der Bundesdurchschnitt (14,9%).
38 Im Vergleich dazu ist in Bremen die Inklusionsquote in den Grundschulen bei 90,7% und in Schleswig-

39 Holstein die Inklusionsquote in der Sekundarstufe I bei 40,2 %. Diese Werte stellen jeweils die höchsten
40 Quoten im Bundesländervergleich dar.

41 76,3% der Schüler*innen an Förderschulen erhalten keinen Hauptschulabschluss. Damit wird diesen keine
42 Möglichkeit gegeben, ihre Zukunft zu gestalten. Mit 56,5% der Schüler*innen an Förderschulen, die die
43 Einrichtung ohne Hauptschulabschluss verlassen stellt Thüringen im Bundesländervergleich den besten
44 Wert dar.

45 Insgesamt werden 83, 1 % (Bundesdurchschnitt 81,6%) der zu fördernden Schüler*innen in extra-
46 Einrichtungen gelehrt. Insgesamt sind es 1,5 % an allen Schüler*innen Thüringens, die inklusiv unterrichtet
47 werden. Thüringen zählte 2010 13 756 Schüler*innen mit Förderungsbedarf .

48 Wir Jusos Thüringen fordern, dass das in den nächsten Jahren Thüringens Schulen so umgebaut werden,
49 dass sie barrierefrei werden. Für den Umbau der Schulen soll ein Fonds vom Land Thüringen eingerichtet
50 werden, von welchem Landkreise, die keine finanzielle Möglichkeit für den Umbau haben, Geld bekommen
51 können. Außerdem benötigen die Schulen mehr Personal, um inklusiv unterrichten zu können. Dies hat
52 zur Folge, dass die Etablierung von kleineren Klassen unabdingbar ist. Auch dies begrüßen wir.
53 Desweiteren fordern wir stufenweise die Abschaffung der Förderschulen durch die Inklusion.

54 **Gleichstellung – KILL YOUR GENDER!**

55 Die Situation an den Schulen genügt unseren feministischen Anforderungen keineswegs. Daher müssen
56 wir für mehr Geschlechtergerechtigkeit an den Schulen eintreten. Ein*e Schüler*in bekommt oftmals von
57 Diskriminierung aufgrund des Geschlechts nichts mit, da dieses Problem nicht ausreichend aufgearbeitet
58 wird. Es ist notwendig im Unterricht auf die Missstände in der Gesellschaft hinzuweisen. Auch die
59 Lehrer*innen benutzen im Unterricht sexistische und frauenfeindliche Aussagen, die als Folge die
60 Stereotypisierung im Schulalter im Bezug auf die Geschlechterverhältnisse in der Gesellschaft bewirken. An
61 vielen Beispielen, wie „ich brauche Jungs, um die Duden zu bringen“ oder „Mädchen haben immer eine
62 schöne Handschrift“ merkt man, dass weibliche und auch männliche Lehrer*innen sich dem Druck der
63 Rollenbilder beugen und diese Stereotype an die Schüler*innen weitergeben.

64 Das Lehren von Rollenbildern steht nicht im Lehrplan und wird von den Jusos klar abgelehnt. Um dieser
65 Situation entgegenzuwirken fordern wir folgende Schritte:

- 66 ■ die neuen Schulbücher die von den Schulen für den Unterricht eingekauft werden, sollen in
67 gegenderter Sprache geschrieben sein.
- 68 ■ Fortbildungen für Lehrer*innen über Rollenbilder und Diskriminierungen aufgrund des
69 Geschlechts sollen für die Lehrer*innen verpflichtend eingeführt werden
- 70 ■ Wir fordern die Etablierung einer Gleichstellungstelle, die mit Schüler*innen und Lehrer*innen
71 besetzt ist
- 72 ■ Abschaffung sexistischer Werbung an Schulen.
- 73 ■ Rollendbilder, Sexismus und gender studies sowie die Sensibilisierung für Homophobie werden
74 Bestandteil des Lehramtstudiums.
- 75 ■ Frauenbewegungen sollen im Geschichts, - Sozialkunde und Ethikunterricht genauer unter die
76 Lupe genommen werden.

77 **Lernmittelfreiheit**

78 Bücher und Arbeitshefte, Kopien, Taschenrechner gehören heute zur Grundausstattung der
79 Schüler*innen. Deren Besitz gilt als Voraussetzung für den Unterricht. Doch leider ist in Thüringen nicht
80 alles von diesen Lernmitteln kostenlos. Während Kopien meist einen Betrag von bis zu 5 Euro pro

81 Schuljahr darstellen, kostet der Taschenrechner mehr als 100 Euro. Um die ärmeren Familien zu
82 unterstützen gibt es an den Schulen nur einige Exemplare, die ausgeliehen werden können. Desweiteren
83 müssen fast jedes Jahr im Durchschnitt 2 bis 3 Arbeitshefte für einige Fächer erworben werden. Ein
84 Arbeitsheft kostet in der Regel von 7 bis 10 Euro. Nur für den Unterricht benötigte Bücher können an allen
85 staatlichen Schulen ausgeliehen werden.

86 Wir Jusos fordern die absolute Lernmittelfreiheit. Auch bei den Lernmitteln gilt unser Grundsatz: Bildung ist
87 gebührenfrei. Wir wollen, dass das Land Thüringen allen Schüler*innen, die an staatlichen Schulen lernen,
88 kostenlos Arbeitshefte und wichtige Kopien zur Verfügung stellt. Alle Schüler*innen sollen die Möglichkeit
89 haben den Taschenrechner auszuleihen.

90 **Abschaffung von Privatschulen**

91 In Thüringen entwickeln sich, wie auch im gesamten Bundesgebiet weiterhin Privatschulen. Monatlich
92 müssen Schüler*innen viel Geld bezahlen um auf die Schule zu kommen. Im Grundgesetz der
93 Bundesrepublik Deutschlands wird im Artikel 7 Absatz 4 die Schaffung von Privatschulen erlaubt. Mit
94 Privatschulen wird die Elite gefördert und die Kluft zwischen Arm und Reich wird damit nur noch
95 vergrößert. Mit der Bildungsreform in Thüringen wurden die Zuweisungen an private Träger in Thüringen
96 gekürzt.

97 Wir Jusos stehen für kostenlose Bildung. Deshalb fordern wir auch die Änderung des Grundgesetzes: Wir
98 wollen die Streichung des Artikels 7 Absatz 4. Wir wollen keine Elitenbildung – das Geld welches als
99 Zuweisung an die Privatschulen geht ist besser bei staatlichen Schulen angelegt.

100 **Schulnoten abschaffen!**

101 Die Noten 1 bis 6 bzw. 0 bis 15 in der gymnasialen Oberstufe prägen unser Schulbild und sollen der
102 Einschätzung der Schüler*innen dienen. In der Realität geben die Noten keinesfalls die wahre Leistung der
103 Schüler*innen wieder. Außerdem verleihen sie den Schüler*innen noch mehr Druck und Stress und
104 sorgen für Depressionen und mangelnde Selbsteinschätzung. Die Lehrer*innen sind gezwungen Arbeiten
105 zu schreiben, bei denen willkürliche, meist subjektiv ausgewählte Aufgaben von den Lernenden bearbeitet
106 werden müssen. Danach folgt wieder eine subjektive und eher statische Bewertung der vorliegenden
107 Arbeiten. Im Vorfeld werden die Schüler*innen dazu gezwungen viele Informationen stur auswendig zu
108 lernen, um diese später in der Unterrichtsstunde, in welcher die Arbeit oder der Test geschrieben wird,
109 niederzuschreiben. Danach werden die meisten gelernten Informationen vergessen. Somit ist der
110 Lerneffekt gleich null und die Schüler*innen werden nicht nach ihrem Wissen sondern nach ihrem
111 Auswendiglernen bewertet. Des Weiteren gibt es bis zur Klasse 10 Epochalnoten – Die
112 Lehrer*Innenkonferenz schätzt willkürlich nach einer Skala von 1 bis 4 die Mitarbeit und das Verhalten der
113 Schüler*innen ein.

114 Die Jusos fordern die Abschaffung der Schulnoten. Anstatt dieser Bewertung sollen die schon
115 vorhandenen Kompetenzbögen jedes Schuljahr für jeden Lernenden geschrieben werden. Dabei sollen die
116 Lehrer*innen die Auffassungsgabe und den Wissenstand des oder der Schüler*in beschreiben. Hinzu
117 sollen die schon etablierten Jahresgespräche mit den Eltern des Kindes auch dazu genutzt werden um
118 über die Entwicklung des Schülers oder der Schülerin zu besprechen. Die Lehrer*innen müssen die
119 Schüler*innen mit dem Wissen anstatt den Noten motivieren. Anhand dieser Veränderungen müssen
120 Bildungsinstanzen wie Universitäten, Ausbildungsstätten etc. die Aufnahme der Schüler*innen anhand der
121 Kompetenzbögen die Lernenden aufnehmen.

122 **Praktika**

123 Abweichend je nach Schulart und Schule machen die Schüler*innen in Thüringen regulär ein- bis
124 fünfwöchiges Praktikum in der gesamten Schullaufbahn. Meist handelt es sich um ein Betriebspraktikum.

125 Außerdem ist keine ordentliche Vor-und Nachbereitung des Praktikums festzustellen. Meist muss sich der
126 oder die Schüler*in selbst ein Praktikumsplatz suchen. Das kurzzeitige Praktikum reicht nicht aus, um ein
127 Bild von dem jeweiligen Beruf zu machen. Deshalb sind die Schüler*innen gezwungen in der Ferienzeit ein
128 Praktikum zu machen. Wer das nicht macht, versinkt in der Hoffnungslosigkeit bei der
129 Entscheidungsfindung unmittelbar kurz nach dem Schulabschluss.

130 Durch den hohen theoretischen Anteil bleibt die Sicht auf den tatsächlichen Berufsalltag dem oder der
131 Schüler*in fern. Das erschwert die Integration in das Berufsleben. Viele Schulen, die über die
132 Sekundarstufe II verfügen sind weiterhin schlecht mit den Thüringer Hochschulen vernetzt. Wir verlieren
133 Thüringer Schüler*innen an andere Bundesländer, weil oftmals das Wissen über das Vorhandensein von
134 einer großen Studienlandschaft Thüringens fehlt.

135 Wir Jusos fordern deshalb:

136 ■ Jede*r Schüler*in muss in seiner Schullaufbahn beginnend von der 8. Klasse in jeder
137 Klassenstufe einmal ein Betriebs-oder Gesellschaftspraktikum absolvieren. Dieses soll 2 Wochen
138 lang sein.

139 ■ Der oder die Klassenlehrer*in ist maßgeblich an der Vor-und Nachbereitung des Praktikums
140 zuständig. Sie muss die Praktikant*innen an deren Einsatzort besuchen und mit dem oder der
141 Mentor*in mindestens ein Mal im Praktikum über den Arbeitsalltag der oder des Schüler*in
142 sprechen

143 ■ Die Thüringer Schulen mit der Sekundarstufe II sollen mehr mit Hochschulen Thüringens
144 kooperieren. Diese schließt auch ein einwöchiges Schnupperstudium im ersten Halbjahr der
145 Abschlussklasse mit ein.

146 ■ Die Praktika wird mit mindestens 8,50 € pro Stunde vergütet.

147 **Schluss mit Lehrer*innenmangel!**

148 ■ Bis 2020 fehlen, laut Kultusministerkonferenz, im Osten jedes Jahr 500 Lehrer*innen

149 ■ 50 Prozent der Lehrer*innen sind über 50, das heißt sie werden in den nächsten 10 bis 15 Jahren
150 in Ruhestand gehen (dies sind bis 2020 etwa 460.000 Lehrer*innen) es kommen pro Jahr aber nur
151 26.000 neue nach

152 ■ Jährlich fallen über 1.000.000 Schulstunden aus

153 Für uns Jusos sind diese Zahlen erschreckend und sie sind die Folge einer verfehlten christlich-
154 demokratischen Schulpolitik. Diese und damit den Lehrer*innenmangel kann man durch gezielte
155 Maßnahmen nachhaltig verbessern.

156 Es müssen gezielt Lehrer*innen eingestellt werden um eine durchgehende Durchführung von Unterricht in
157 kleinen Klassen zu gewährleisten.

158 Das Lehrer*innen, die sich für das Frührentenmodell entschieden haben, Neueinstellungen blockieren ist
159 relativ unbekannt. Diese Stellen verfälschen jedoch die Statistiken, die zeigen, dass genügend
160 Lehrer*innen vorhanden sind, obwohl diese gar keinen Unterricht mehr geben. Die Blockade der Stellen
161 durch diese Frührenter*innen muss beendet werden, da es nach aktueller Lage noch bis mindestens 2018
162 besteht.

163 Des Weiteren fordern wir eine bundesweite Lehrer*innenbörse, um das Bewerben von Lehrer*innen auch
164 in anderen Bundesländern einfacher zu machen. Dies würde auch den positiven Effekt des gemeinsamen
165 Informationsaustausches für die Bundesländer im Bereich Lehrer*innenmangel mit sich bringen.

166 Wir fordern den Finanzminister Thüringens auf mehr finanzielle Mittel bereitzustellen, um mehr
167 Lehrer*innen einzustellen!

168 **Kostenlos mit Bus zur Schule!**

169 In Thüringen werden die Kosten für Busfahrten, die durch den nötigen Transport von Schüler*innen zur
170 Schule von den Eltern aufgebracht werden müssen, in der Regel für alle Schüler*innen bis zur 10. Klasse
171 erstattet. In den meisten Landkreisen wird nur die Busfahrt zur nächstgelegenen Schule bezahlt. Die
172 Kosten trägt der Landkreis oder die kreisfreie Stadt. Wenige Landkreise zahlen auch den
173 Oberstufenschülern das Geld wieder aus. Der Grund für unterschiedliche Regelungen liegt auf der Hand:
174 Die Finanzlage.

175 Wir Jusos fordern, dass jede*r Schüler*in, die zur Schule mit dem Bus anreisen muss, das Recht hat,
176 Fahrtkosten erstattet zu bekommen. Um das nötige finanzielle Grundgerüst zu schaffen, soll das Land
177 Thüringen die Ausgaben für Fahrtkosten tragen. Die staatlichen Schulämter übernehmen die Organisation
178 der Rückerstattung.

179 **Schulbezogene Jugendbildung**

180 Für uns Jusos bedeutet Schule mehr als Unterricht. Schulische Arbeitsgemeinschaften, wie
181 Schüler*Innenzeitungen, Sportgruppen, Schulchöre etc. gehören zum Schulleben dazu. Sie haben die
182 Aufgabe über den Unterricht hinaus Schüler*innen bei deren Begabungen zu fördern ihnen wichtige
183 Erfahrungen mit auf den Weg geben. Zurzeit obliegt die Vergabe von den Fördermitteln den Landkreisen.
184 Oftmals werden Eigenanteile von der Schule gefordert. So haben viele Schulen aufgrund knapper Kassen
185 der Schulfördervereine nicht die Möglichkeit genügend Gelder für verschiedene Arbeitsgemeinschaften
186 aufzubringen.

187 Wir Jusos fordern, dass kein Eigenanteil mehr von den Schulen gefordert wird. Die Interessen der
188 Schüler*innen sollen sich im Angebot der Schul-AGs widerspiegeln.

189 **Religionsunterricht abschaffen**

190 Die meisten Schulen in Thüringen bieten evangelische Religion und katholische Religion als Fächer, die
191 anstatt des Ethik-Unterrichts gewählt werden können. Einige Schulen haben auch die jüdische Religion als
192 Option. In Regionen mit einem hohen Anteil an Kirchenmitgliedern ist oftmals der Ethik-Unterricht nur
193 bedingt vorhanden. Als Lösung wurde ein Unterrichtsablauf mit mehreren Klassenstufen zusammen
194 etabliert. So erreicht die Schule die notwendige Klassenstärke um weiterhin Ethik-Unterricht anzubieten.

195 Wir Jusos fordern die Abschaffung des Religionsunterrichtes. Für uns gehört dieser in die örtlichen
196 Gemeinden anstatt in die Schule. Wir verstehen diesen Schritt als ein Schritt in Richtung Säkularisierung.
197 Jede*r Schüle*r soll am Ethik-Unterricht teilnehmen. Dort sollen, wie auch nach gegenwärtigem Lehrplan,
198 alle Weltreligionen behandelt werden.

199 **Landesschüler*innenvertretung**

200 Zurzeit heißt die Vertretung aller Schüler*innen Thüringens „Landesschülervertretung“. Diese beruft zwei
201 Mal pro Jahr einen Landesschülertag ein, wo alle Schülersprecher*innen von Thüringer Schulen
202 eingeladen werden. Ein Mal in zwei Jahren wird vom Landesschülertag die Landesschülervertretung
203 gewählt. Die Aufgabe der LSV ist die Vertretung der Schüler*innen Thüringens. Sie stellt das Bindeglied
204 zwischen dem Bildungsministerium und den Schülersprecher*innen dar.

205 Wir Jusos fordern die Umbenennung der Landesschülervertretung und den Landesschülertag in
206 Landesschüler*innenvertretung und Landesschüler*innentag. Des Weiteren fordern wir mehr Rechte für
207 die LSV. So sollen alle Beschlussvorlagen zur Schulpolitik, die öffentlich im Landtag beraten werden auch

208 der LSV weitergeleitet werden. Diese soll die Möglichkeit haben, ihre Meinung zu der jeweiligen
209 Gesetzinitiative kund tun können.

210 **Wir wollen ein Bildungssystem, nicht 16!**

211 Deutschland ist eine föderale Republik die aus 16 Bundesländer besteht. Diese Bundesländer bestimmen
212 in bestimmten politischen Bereichen unabhängig von der Bundesregierung, im Rahmen des
213 Grundgesetzes, das Handeln. Zu diesen Bereichen gehört die Schulpolitik. Das heißt, dass es für 16
214 verschiedene Länder, 16 verschiedene Ministerien, 16 verschiedene Minister_innen und 16 verschiedene
215 Lernpläne für die jeweiligen Fächer, die dazu noch von Bundesland zu Bundesland verschieden konzipiert
216 sind. Als Folge gibt es auch 16 verschiedene Prüfungen.

217 ■ Der Wechsel von Bundesland zu Bundesland ist für Schüler*innen mit großen Schwierigkeiten
218 verbunden, da sowohl Lehrpläne, als auch Bildungssysteme von Land zu Land sehr
219 unterschiedlich sein können bzw. sind. Vielerorts ist das G-8 Abitur eingeführt, mancherorts gibt
220 es die Wahl zwischen G-8 und G-9; in manchen Bundesländern wird mit fünf in anderen mit
221 sieben eingeschult; in manchen Schulen wird ab der dritten- in anderen ab der fünften Klasse
222 Englisch gelernt, in manchen Bundesländern startet man mit Druck- in anderen mit Schreibschrift.
223 Schulwechsel zwischen Bundesländern können somit oft nur zum Schaden der Schüler*innen
224 erfolgen und dies können wir nicht akzeptieren.

225 ■ Verschiedene länderbestimmte Bildungssysteme bedingen verschiedene Prüfungen.

226 ■ Der bürokratische und finanzielle Aufwand von 16 Ministerien, mit 16 Minister*innen ist deutlich
227 höher als der eines zentralen Ministeriums.

228 Wir Jusos fordern das föderalistische Bildungssystem abzuschaffen und das Handeln in der Bildungs- und
229 vor allem der Schulpolitik dem Bund zu überlassen.

230 Wir sind uns der historischen Beweggründe für diese Regelung der Bildungspolitik bewusst sehen aber die
231 Gefahr einer erneuten Ausnutzung des zentralen Schulsystems nicht. Vielmehr gibt es viele Dinge die
232 gegen das Fortsetzen der föderalen Schulpolitik sprechen. 92 % der Befragten, einer von der Bertelsmann
233 Stiftung initiierten Studie, fordern eine Abschaffung des Bildungsföderalismus. Die Politiker*innen als
234 Volksvertreter*innen müssen diesen repräsentativen Wunsch der großen Mehrheit endlich ernst nehmen
235 und ihrem Auftrag nachkommen, um das deutsche Schulsystem moderner und gerechter zu machen. Wir
236 fordern ein Zentralabitur und zentrale Regelschulprüfungen und Hauptschulprüfungen. Bei all den
237 Forderungen sehen wir weiterhin die Einstellung der Lehrer*innen als Aufgabe der Bundesländer an. Die
238 Schulnetzplanung soll weiterhin durch die Kommunen übernommen werden. Für uns bedeutet die
239 Abschaffung des Bildungsföderalismus gleiche Bildungsstandarts für alle.

240 **Bundeswehr-Raus aus Schulen!**

241 Mit dem Slogan " Wir.Dienen.Deutschland " versucht die Bundeswehr auch auf Schulhöfen die
242 Schüler*innen für den Nationalstaatsgedanken und die Verharmlosung von Gewalt zu begeistern. Sie
243 verteilen Flyer, zeigen in der Schule militärische Waffen und Fahrzeuge um die Leute Anschaulichkeit und
244 verlockenden Angeboten (bezahltes Studium, Wohlstand durch Verpflichtung) zu gewinnen.

245 Wir als Jusos sind aus Überzeugung antimilitaristisch, deshalb sprechen wir uns für ein gesetzliches
246 Verbot der Präsenz der Bundeswehr an Schulen aus. Wir wollen Frieden anstatt Hass. Außerdem lehnen
247 wir Gewalt, die Verherrlichung des Militärs und den Nationalstolzgedanken ab.

E2

Antragsteller: Landesvorstand

 angenommen
 abgelehnt
 überwiesen an:

1 **AUSBILDUNGSUNREIF SIND DIE UNTERNEHMEN**

- 2 Wir brauchen bessere Ausbildungsbedingungen in diesem Land. Wir Jusos Thüringen wollen mehr
 3 Qualitätsstandards und Kontrollen in der Berufsausbildung. Ausbildung dient der Vorbereitung und
 4 Qualifikation für das Berufsleben und die Arbeit einem Wirtschaftssystem. In einer sozialen Marktwirtschaft
 5 darf es nicht sein, dass Azubis wie Hilfsarbeiter missbraucht werden. Ausbildung dient nicht dazu,
 6 Unternehmern beim Lohnkostendrücker zu helfen. Deshalb setzen wir uns für ein einheitliches
 7 Mindestgehalt in der beruflichen Ausbildung ein. Wir sagen ja zum dualen Ausbildungssystem und sagen
 8 nein zur populistischen Behauptungen, mit denen die Jugend als nicht ausbildungsreif bezeichnet wird.
 9 Wir sagen die Unternehmer sind nicht ausbildungsreif. Ausbildung muss auf Augenhöhe erfolgen.
- 10 Die Jusos Thüringen werden diese Position in die SPD Thüringen tragen und für eine Veränderung der
 11 Situation sorgen.

E3

Antragsteller: Kreisverband Gotha

 angenommen
 abgelehnt
 überwiesen an:

1 **KOSTENLOSE BILDUNG IST FÜR UNS EIN GRUNDPRINZIP –** 2 **MEISTER- UND WEITERBILDUNGSQUALIFIKATION MUSS** 3 **KOSTENFREI SEIN!**

- 4 Die Jusos Thüringen fordern für eine kostenlose Meisterausbildung bzw. Weiterbildung ein. Eine rot-grüne
 5 Bundesregierung soll das Meister-BAföG so ausgestalten, dass die Auszubildenden nicht die Hauptlast für
 6 diese Weiterbildung tragen müssen. Daneben soll ein neu geschaffener Ausbildungsfond für die
 7 Meisterqualifikation eine weitere Maßnahme, die finanzielle Absicherung der Ausbildung durch Bund und
 8 Wirtschaft zu garantieren und zu stützen.
- 9 *Begründung:*
- 10 *Nach unserem Grundsatz „Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen“ bekräftigen wir unsere*
 11 *Forderung nach einer kostenlosen Bildungslandschaft, unabhängig von der Art der Bildungsinstitution. Aber*
 12 *diese Forderung darf sich nicht nur auf Kitas, Schulen und Hochschulen begrenzen, sondern muss um die*
 13 *Säule „berufliche Weiterbildung“ ergänzt werden.*
- 14 *Viele junge Erwachsene entscheiden sich nach ihrer Ausbildung für eine Weiterbildung zum Meister oder*
 15 *Fachkaufmann. Für viele gut ausgebildete junge Fachkräfte ist die finanzielle Voraussetzung für eine*
 16 *Meisterqualifizierung eine große Hürde. Die Finanzierung dieser Weiterbildung müssen die Interessierten in*
 17 *der Regel selbst tragen. Zwar steht ihnen die Möglichkeit des Meister-BAföG zu Verfügung, allerdings wird*
 18 *nur ein kleiner Teil der Lehrgangskosten übernommen, der Rest muss aus der eigenen Tasche finanziert*
 19 *werden.*

20 Während für Studenten die Studiengebühren abgeschafft werden, müssen andere Jugendliche weiterhin
 21 selbst für ihre Weiterbildung finanziell aufkommen. Für uns Jusos muss daher die klare Forderung sein,
 22 dass dieser Zustand geändert wird. Dabei steht der Staat als auch die Wirtschaft in der Pflicht, die
 23 finanzielle Unterstützung aufzubauen und damit den oft diskutierten Fachkräftemangel aktiv
 24 entgegenzuwirken

E4

Antragsteller: Juso-Hochschulgruppen (über Landesvorstand)

 angenommen
 abgelehnt
 überwiesen an:

1 **ANTRAG ZUR AUSFINANZIERUNG DER HOCHSCHULEN SOWIE** 2 **BERÜCKSICHTIGUNG DER TARIFLOHNERHÖHUNGEN FÜR** 3 **MITARBEITER*INNEN AN HOCHSCHULEN**

4 Heute studieren mehr Menschen an deutschen Hochschulen als jemals zuvor. Die Öffnung der
 5 Hochschulen war ein wichtiger Schritt zur Ausrichtung der Deutschen Wirtschaft. Politisch gewollt, auch
 6 wenn primär aus wirtschaftlichen Interessen und nicht aus Gerechtigkeitsgründen, bleibt die Politik seit
 7 Jahren Lösungen schuldig. Die hohen Studierendenzahlen lassen die Hörsäle aus allen Nähten platzen,
 8 Seminare sind hoffnungslos überbelegt, die persönliche Betreuung zwischen Dozenten und Studierenden
 9 längst nicht mehr gewährleistet und die Bibliotheken bieten nicht Ansatzweise den Bedarf an
 10 Arbeitsplätzen. Die Antworten der Politik waren: Kooperationsverbot von Bund- & Ländern, Profilbildung,
 11 Drittmittelakquise, Exzellenz-Initiative, Verkürzung des Abiturs sowie der Studiendauer durch Bachelor-
 12 Master-System. Zwar gibt es hier und dort Lichtblicke für die Bildungspolitik, doch bleibt ehrlich und klar
 13 festzuhalten, dass die Hochschulen seit Jahren chronisch unterfinanziert sind.

14 Wir begrüßen zwar die Anstrengungen des TMBWK, trotz sinkendem Landeshaushalt, den Hochschulen
 15 wesentlich höhere finanzielle Mittel zukommen zu lassen. Dennoch bleibt festzuhalten, dass eine
 16 bedarfsgerechte Ausgestaltung der Hochschullandschaft wieder einmal nicht stattgefunden hat. Unser Ziel
 17 und das Ziel einer sozialdemokratischen Bildungspolitik muss es sein, eben eine solche bedarfsgerechte
 18 Ausfinanzierung herzustellen. Auch gegen einen Koalitionspartner der unsere Bildungspolitik nicht teilt.
 19 Darüber hinaus kritisieren wir, dass die politisch gewollten und zu begrüßenden Tariflohnerhöhungen der
 20 Mitarbeiter*innen von jährlich 3% durch das Land nicht gegenfinanziert werden. Dies führt zwar
 21 unweigerlich zu einem Loch in den Kassen der Thüringer Hochschulen.

22 Wir fordern:

- 23 ■ Sich für eine vollständige Ausfinanzierung von Hochschulen mit öffentlichen zu bemühen
 24 gemessen an den Bedürfnissen der Hochschulen, ohne den Zwang von Drittmittelakquise.
- 25 ■ Die Ausfinanzierung der Personalkosten bei steigenden Tariflöhnen und deren Einplanung in den
 26 Haushaltsentwürfen.
- 27 ■ Die Forderung im Bundesrat nach der Aufhebung des Kooperationsverbots von Bund und
 28 Ländern.
- 29 ■ Eine Anpassung des BAföG-Satzes, statt Ausbau von Stipendienprogrammen.
- 30 ■ Anerkennung von ehrenamtlichen Leistungen für BAföG Zahlungen und im Studium.
- 31 ■ Anspruch auf Masterplätze für alle Absolvent*innen eines akademischen Abschlusses, i.d.R.
 32 Bachelor.

F1

Antragsteller: Kreisverband Jena

 angenommen
 abgelehnt
 überwiesen an:

1 **RESOLUTION FÜR EINEN BEWUSSTEREN UMGANG MIT** 2 **TIERISCHEN LEBENSMITTELN UND DESSEN FOLGEN**

3 Die Jusos Thüringen setzen sich seit langem für einen bewussten Konsum mit Lebensmitteln ein. Dabei
4 sollte jedoch nicht nur der Konsum von Fleisch im Mittelpunkt stehen. Es ist wichtig, auf die unwürdige
5 Haltung von Tieren und deren Schlachtung in Massen hinzuweisen. Jedoch greift für uns Jusos diese
6 Sichtweise zu kurz. Es ist ebenso wichtig, die globale Verantwortung in das Blickfeld zu rücken. Mit
7 unserem Konsum von tierischen Lebensmitteln sind wir nicht nur verantwortlich für Massentierhaltung. Wir
8 sollten uns ebenso bewusst sein, dass wir damit daran teilhaben, die Lebensgrundlage der meisten
9 Kleinbauern und Kleinbäuerinnen Südamerikas und ebenso die Ernährungsgrundlage der
10 südamerikanischen Bevölkerung zu zerstören. Damit unsere Schlachttiere genügend Futter bekommen,
11 vertreiben südamerikanische Sojabarone die Bauern und Bäuerinnen. Anstatt dass Bauern und
12 Bäuerinnen auf ihrem Land Lebensmittel anbauen, die zur Versorgung der eigenen Bevölkerung dienen,
13 lässt es Europa zu, dass private Unternehmen die ansässigen Bäuerinnen und Bauern vertreiben, um
14 genmanipuliertes Soja zur Ernährung unserer Tiere anzubauen und zudem mit umweltschädlichem, auch
15 für die ansässigen Menschen gefährlichem Dünger besprühen. Der EU- Agrarkommission sind dabei die
16 Menschen vor Ort egal, denn wir müssten eben daran denken, was für unseren Exportmarkt gut sei. Ein
17 Ausdruck dessen, dass Kapital in unserer Welt mehr wert ist als der einzelne Mensch.

18 Deutschland und Europa produzieren bei alledem viel mehr Fleisch, als konsumiert wird. Das
19 „schlechtere“ Fleisch, das europäische Konsument*innen nicht wollen, wird meist in afrikanische Staaten
20 exportiert und zerstört dort immer stärker die regionalen, traditionellen Märkte für Fleisch. Nomad*innen,
21 die einzig von der Viehzucht und dem Verkauf ihrer Tiere leben, können diese im Wettbewerb gegen
22 billigere Einzelteile von Tieren nicht mehr verkaufen. Auch hier betont die EU, dass man sich in erster Linie
23 um die eigenen Exporte kümmern muss und danach erst um andere Länder. Auch werden afrikanische
24 Staaten erpresst. Wenn diese den Import von europäischem Fleisch unterbinden wollen, werden sie darauf
25 hingewiesen, dass sie von europäischen Finanzhilfen abhängig seien und diese nicht garantiert sind.

26 Die Jusos Thüringen wollen dahingehend sensibilisieren, dass unser Luxus- und Massenkonsum nicht nur
27 Auswirkungen auf die schlechte Haltung von Tieren in Deutschland und Europa hat. Es geht vielmehr
28 zusätzlich darum, bewusst zu machen, dass v.a. den Regierenden die globalen Auswirkungen und
29 geschaffenen Abhängigkeiten egal sind. Europa stellt sich im Vergleich zu den Ländern in vor allem
30 südlicheren Breitengraden anhaltend als weiter entwickelt dar. Es missachtet dabei aber auch, dass dieser
31 Behauptung eine Verantwortung gegenüber jenen Ländern innewohnt.

32 Zudem wird diese dreiste Behauptung, weiter entwickelt zu sein, schon durch das fehlende
33 Verantwortungsbewusstsein widerlegt. Denn zu Entwicklung gehört für uns auch eine Solidarisierung mit
34 Menschen weltweit, die Unterstützung brauchen und wollen. Im Gegensatz zu den aktuellen
35 Entwicklungen sollte die Rolle der europäischen Länder diejenige sein, die Regierungen in den Regionen,
36 in denen Ernährungsprobleme bestehen, darauf hinzuweisen, dass die Sicherstellung der Ernährung der
37 eigenen Bevölkerung Vorrang haben muss. Uns Jusos Thüringen ist es wichtig, global die
38 Lebensgrundlagen aller Menschen im Blick zu behalten und auf die egoistische Politik Deutschlands und
39 Europas aufmerksam zu machen. Vor allem wollen wir versuchen, Tage wie den Earth Day, den
40 Welternährungstages oder auch den Internationalen Tag des Eies für Aktionen zu nutzen und auf einzelne
41 Probleme aufmerksam zu machen.

F2

Antragsteller: Kreisverband Erfurt

 angenommen
 abgelehnt
 überwiesen an:

1 DER SCHWEINEREI EIN ENDE SETZEN

2 Die Jusos Thüringen setzen sich für eine kontrollierte und sinnvolle Subventionierung in der Schweinemast
 3 ein. Die Vergabe in der jetzigen Form muss gestoppt werden, um der Marktsituation gerecht zu werden,
 4 Gelder nicht zu verschwenden und den Tierschutz zu stärken.

5 *Begründung*

6 *Jedes Jahr landen 20 Millionen Schweine in den Mülltonnen deutscher UnternehmerInnen. Trotzdem*
 7 *sprießen immer mehr Schweinemastställe aus dem Boden. Das geschieht nur, weil sich*
 8 *SchweinemästerInnen nicht ihre Subventionen entgehen lassen wollen. Der Geldtopf ist groß, so gibt es*
 9 *alleine von der EU 950 Millionen € für den Futteranbau und 100 Millionen € von deutscher Seite aus für den*
 10 *Bau von Mastställen. Der Markt ist aber völlig übersättigt, der Preis viel zu gering, doch das stört*
 11 *niemanden, weder die EU noch Deutschland oder die UnternehmerInnen. Die Tiere werden in*
 12 *rekordschnelle hochgezüchtet und leben auf engsten Raum. Eng zusammengepfercht verbringen sie jeden*
 13 *Tag auf scharfkantigen Spaltböden, damit sie Fäkalien hindurchtreten können. Die Tiere erleiden oft*
 14 *Verletzungen, welche sich denklogisch entzünden und die sie bis zu ihrem Lebensende quälen. Der*
 15 *Gestank in solchen Ställen ist so stark, dass er nur mit Atemschutzmasken betreten werden kann. Die*
 16 *Hygienevorschriften werden gering gehalten, sowohl von der EU als auch von deutscher Seite aus, sodass*
 17 *die Massenproduktion ungehindert ihren Lauf nehmen kann. VeterinärmedizinerInnen stockt der Atem, doch*
 18 *auch sie müssen sich an die geltende Rechtslage halten. Die Tiere leiden umsonst, schließlich landen die*
 19 *meisten von ihnen in der Tonne. Ein gering gehaltener Preis kann dies nicht rechtfertigen. Die Subventionen*
 20 *werden sogar von spitzfindigen UnternehmerInnen eingestrichen, die nur vorgeben, Ställe zu bauen. So gibt*
 21 *es genügend Subventionen für nicht existente Mastställe. Zudem werden die SchweinemästerInnen noch*
 22 *mit vergünstigten Futter und Wasserpreisen bei Laune gehalten. Eine Kopplung der Subventionsvergabe an*
 23 *Umwelt- und Tierschutzvorschriften, die ggf. neu erlassen werden müssen, ist dabei Pflicht. Zudem müssen*
 24 *sich die Subventionen an die Marktverhältnisse anpassen. Weiterhin sollten angemessene Strafen für die*
 25 *Nichtbeachtung solcher Regelungen eingeführt werden.*

F3

Antragsteller: Kreisverband Jena

 angenommen
 abgelehnt
 überwiesen an:

1 DEN „VEGGIE-DONNERSTAG“ AKTIV BEWERBEN!

2 Die Jusos Thüringen bewerben die Aktion „Donnerstag ist Veggie-Tag“ und rufen Ihre Mitglieder zur
 3 Teilnahme auf.

4 *Begründung:*

5 *Der sogenannte „Fleischatlas“ veröffentlichte eindringlich die Folgen des zunehmenden Fleischkonsums in*
 6 *den letzten Jahrzehnten. Demnach essen 85% der Deutschen täglich mindestens ein Mal Fleisch. Die*

7 *industrielle Qualzucht in Mastanlagen ist dabei nicht nur aus tierschutzrechtlichen Gründen problematisch,*
 8 *vielmehr belastet sie auch massiv die Umwelt. Zusätzlich verschlingt sie Unmengen an Rohstoffen, die als*
 9 *Futtermittel von Ländern des globalen Südens importiert werden, obwohl, wie im Fall Brasilien, vor Ort noch*
 10 *Hunger vorherrscht.*

11 *Die Aktion zielt darauf ab, dass ein fleischfreier Wochentag auf freiwilliger Basis (sic!) eingeführt wird. Mit*
 12 *einem Tag ohne Fleisch und Fisch kann jede und jeder einen Beitrag für seine persönliche Gesundheit und*
 13 *die anderer, sowie zum Schutz von Umwelt und Tieren leisten. Die Umwelt wird geschont, weil insgesamt*
 14 *18% der weltweiten Treibhausgase auf die Produktion von Fleisch, Fisch und Milch zurückzuführen sind –*
 15 *mehr als auf alle Transport- und Verkehrsabgase zusammen. Zudem führt der dadurch intendierte*
 16 *rückläufige Konsum vom Fleisch dazu, dass knappe Ressourcen effizienter genutzt werden. Denn heute*
 17 *wird ein Großteil der weltweiten Getreide- und Sojaproduktion als Tierfutter verwendet, während gleichzeitig*
 18 *etwa eine Milliarde Menschen auf der Welt an Hunger leiden.*

F4

Antragsteller: Kreisverband Jena

angenommen
 abgelehnt
 überwiesen an:

1 **DER VERORDNETEN WEGWERFKULTUR ENTGEGENTRETEN!**

2 Die Jusos Thüringen setzen sich für den Abbau gesetzlicher Vorschriften ein, die die Einzelhändler_innen
 3 und Produzent_innen zur Entsorgung von Lebensmittel zwingen, etwa weil das Mindesthaltbarkeitsdatum
 4 abgelaufen ist oder die äußere Form nicht der Norm entspricht. Ferner unterstützen Sie Regelungen zur
 5 möglichst umfassenden Verwertung von industriell produzierten Nahrungsmitteln. Gesundheitlich
 6 unbedenkliche Produkte sollen für soziale Zwecke weitergegeben werden. Alle anderen Lebensmittel
 7 müssten zum Beispiel zur Energiegewinnung, etwa in Biogasanlagen, genutzt werden. Durch
 8 Strafzahlungen für Weggeworfene Produkte würde die stets geplante Überproduktion unattraktiver werden.

9 *Begründung:*

10 *Allein private Haushalte werfen in Deutschland jährlich Lebensmittel im Wert von 20 Milliarden Euro weg.*
 11 *Auch in den Abfall-Containern von Discountern lassen sich überwältigende Mengen einwandfreier*
 12 *Nahrungsmittel vorfinden – häufig original verpackt und mit gültigem Mindesthaltbarkeitsdatum. Obwohl das*
 13 *weggeworfene Essen in Europa zwei Mal zur Versorgung der Menschheit reichen würde, hungern weltweit*
 14 *und auch in Deutschland Menschen. Neben der persönlichen Verantwortung tragen auch zahllose*
 15 *gesetzliche Vorschriften zu diesem aus ethischen, sozialen und ökologischen Gesichtspunkten nicht*
 16 *tragbaren Zustand bei. So werden tonnenweise Lebensmittel, die nicht der Norm entsprechen, bereits in*
 17 *der Produktionskette aussortiert und somit nicht nur der Wertschöpfung entzogen. Überdimensionierte*
 18 *Kartoffeln oder andere Lebensmittel könnten beispielsweise als Energieträger nutzbar gemacht werden.*
 19 *Besonders schwerwiegend sind Gesetze die dazu führen, dass Supermärkte einwandfreie Waren*
 20 *wegschmeißen, anstatt sie beispielsweise an die Tafeln respektive andere soziale Einrichtungen*
 21 *weiterzugeben oder sie als Tierfutter einzusetzen. Strenge Gesundheitsschutz- und Hygienevorschriften sind*
 22 *die Ursache für die teils makabere Praxis. So dürfen nach Ablauf des Mindest(!)-Haltbarkeitsdatum Produkte*
 23 *bspw. nicht weitergegeben werden. Vor kurzem erregte der Vorschlag eines CDU-Politikers berechtigte*
 24 *Kritik, dass „Pferdefleisch-Lasagne“ an Arbeitslose ausgeteilt werden soll. Sicherlich sollten sämtliche*
 25 *Personen einen Anspruch auf unbedenkliche Lebensmittel haben. Allerdings offenbarte dieses Fallbeispiel*
 26 *auch die Abstrusität, dass in industriellen Umfang Lebensmittel vernichtet werden, die (vermutlich)*
 27 *gesundheitlich vollkommen unbedenklich sind. Nach einer eingehenden Prüfung sollte es jedem Menschen*
 28 *selber überlassen sein, ob er/sie Lebensmittel konsumieren will.*

F5

Antragsteller: Kreisverband Weimar / Weimarer Land

 angenommen
 abgelehnt
 überwiesen an:

1 OFFENLEGUNG DES PRODUKTIONSWEGES VON TEXTILWAREN

2 Der in Deutschland bekannte Textilkonzern „KIK“ steht für der „Kunde ist König“. Aber wenn man sich
3 nach den Produktionsmethoden informieren möchte, stoßen selbst professionelle Journalistinnen und
4 Journalisten an ihre Grenzen und nach offiziellen Firmeninformationen sogar die Textilkette selbst. KIK ist
5 jedoch in der Modebranche kein Einzelfall! Es ist schon gang und gäbe, dass man seine Produktionsmittel
6 nach Asien verlegt und Unterfirmen Teilbereiche der Produktion übernehmen lässt. Was die Firmen jedoch
7 wirklich an Informationen über ihre Produktionswege haben bleibt meist strengstens geheim und dem
8 Konsumenten verschlossen.

9 Wir fordern daher:

10 Die Offenlegung sämtlicher Produktionsinformationen, die ein Textilunternehmen über ihre
11 Produktion hat.

12 Eine internationale Prüfstelle, die Produktionswege und Arbeitsverhältnisse dokumentiert und
13 menschenunwürdige Arbeitsverhältnisse veröffentlicht.

14 Viele Menschen in Deutschland möchten sich nicht über die Produktionswege ihrer Textilien informieren,
15 jedoch diejenigen, welche das möchten, haben meist keine Möglichkeit an fundierte Informationen zu
16 gelangen.

17 Wie ein T-Shirt oder eine Hose produziert wird ist jedem klar. Eine Offenlegung der Produktionswege und –
18 mittel ist daher kein schwächender Faktor in der Wettbewerbsfähigkeit. Die Gründe der Undurchsichtigkeit
19 der Produktion liegen meist in der Ausbeutung von Arbeitern, Kindern und der Umwelt durch den Einsatz
20 giftiger Chemikalien.

21 Durch die Offenlegung sämtlicher Produktionsinformationen werden zwar nicht die Produktionsverfahren
22 der Unterhändler im Ausland ersichtlich, jedoch nur durch die Nennung dieser kann eine weitere fundierte
23 journalistische Arbeit ermöglicht werden. Das was die meisten Textilfirmen verdrängen, nämlich die
24 ungerechten Arbeits- und Produktionsbedingungen, kann so durch andere Institutionen ersichtlich
25 gemacht werden. So wird ein sozialer Druck aufgebaut, der die Textilfirmen zu einer menschenwürdigen
26 und gerechten Produktion drängen soll.

27 Es werden sich bestimmt immer noch Menschen bei Textilkonzernen einkleiden, die damit werben, dass
28 man sich für 30 € von Kopf bis Fuß einkleiden kann, jedoch die Mentalität sich weitere Gedanken zu
29 machen kann durch die erleichternde Informationsbeschaffung gesteigert werden.

30 Die Produktionsinformationen sollen alle zentral bei der Verbraucherschutzzentrale online einzusehen sein.

31 Die Offenlegung soll nicht nur die Ausbeutung durch externe Firmen im Ausland vorbeugen, sondern auch
32 die Konsumenten schützen. Indem die Recherche von Produktionswegen erleichtert wird, können illegale
33 und giftige Produktionsmethoden leichter entdeckt werden. Stoffe in Textilien können zwar offiziell als
34 unbedenklich eingestuft sein, jedoch wie sicher kann diese Information sein, wenn selbst die
35 Textilkonzerne nicht wissen, wie ihre Waren produziert werden?

36 Bisher gibt es im internationalen Handel in der Textilbranche nur Abkommen aber keine konkreten
37 Vorschriften, wie sie zu handeln oder zu produzieren haben. Diese Undurchsichtigkeit und die Vielzahl an
38 rechtlichen Schlupflöchern ermöglicht erst eine Ausbeutung der Bevölkerung und willkürliche
39 Produktionsverfahren. Durch die Schaffung einer internationalen Prüfstelle kann der Informationsfluss auch
40 über deutsche Grenzen hinaus gewährleistet werden. Auch hier besteht nicht der Drang den freien Markt
41 durch Gesetze einzuschränken, sondern die Information über Produktionswege und –mittel dem Kunden
42 zu ermöglichen, sodass dieser eine menschenwürdige und gerechte Nachfrage erzeugt.

F6

Antragsteller: Kreisverband Weimarer Land / Weimar

 angenommen
 abgelehnt
 überwiesen an:

1 **WARNHINWEISE FÜR WERBUNG**

2 Jedes Kind sieht pro Jahr zwischen 20.000 und 40.000 Werbespots. Das sind pro Tag etwa 100 von denen
3 ungefähr die Hälfte für Speisen und Getränke wirbt. Diese Speisen und Getränke sind meist die, die den
4 Teil unserer ungesunden Ernährung bilden.

5 Den Kindern werden also gezielt ungesunde Produkte als gut, schön und unbedingt notwendig verkauft,
6 dies kann bei Kindern (speziell bis 12 Jahren) mit noch nicht vollständig differenziertem Charakter
7 verheerende Folgen haben. Schon jetzt sind 15 Prozent aller 3- bis 17-jährigen übergewichtig und diese
8 Zahl steigt laut KKH-Allianz bis 2025 auf 50 Prozent, dies können wir nicht hinnehmen.

9 Auf Grund dieser Zahlen fordern wir JUSOS deutlich sichtbare Warnhinweise für Werbungen, welche für
10 ungesunde Lebensmittel speziell für Kinder werben.

F7

Antragsteller: Kreisverband Altenburger Land

 angenommen
 abgelehnt
 überwiesen an:

1 **SUCHTPRÄVENTIONSARBEIT BESSER AUSSTATTEN**

2 In Deutschland sind nach Schätzungen mehr als 23 Millionen Menschen von substanz- oder
3 verhaltensbezogener Abhängigkeit wie Nikotin-, Alkohol-, Rauschgift-, Medikamenten- und Spielsucht
4 betroffen oder stehen im Verdacht von Abhängigkeit gefährdet zu sein. Dabei sind Substanzen wie Alkohol
5 über viele Generationen Bestandteil der Gesellschaft und verlieren ihre suchtfördernde Wirkung nicht
6 durch gesetzliche Normen und Verbote.

7 Substanz- und verhaltensbezogene Abhängigkeiten können Ausdruck der Verdrängung von Angst,
8 Frustration und Stress sein und finden damit ihre Ursachen auch in einer sich ständigen wandelnden
9 Gesellschaft und damit verbunden einem Wandel der Lebens- und Arbeitswelt. Es hat sich in den letzten
10 Jahren gezeigt, dass trotz des Verbotes des Besitzes illegaler Drogen wie Crystal Meth die Zahl der
11 Konsumenten sprunghaft angestiegen ist und gesetzliche Ächtung ihren Schrecken verloren hat. Dennoch
12 greift für uns Jusos die in der letzten Zeit in den Medien viel diskutierte Frage, ob illegale Drogen wie

- 13 Cannabis legalisiert werden sollen oder nicht, viel zu kurz und sollte nicht im Mittelpunkt der Diskussionen
14 stehen.
- 15 Uns ist wichtig, dass heranwachsende Menschen frühzeitig über die Gefahren vor allem von
16 suchgefährdenden Substanzen und deren Konsum aufgeklärt werden somit sensibilisiert werden. Denn
17 noch immer ist die Akzeptanz suchgefährdender Mittel abhängig von der kulturellen und sozialen Prägung
18 jedes Individuums. Wir Jusos sehen in der Präventionsarbeit die erfolgversprechendste Methode der
19 Suchtvorbeugung. Daher ist Suchtpräventionsarbeit für uns ein fester Bestandteil aller Bildungsbereiche
20 insbesondere der frühkindlichen Bildung.
- 21 Präventionsarbeit ist jedoch nur ein Teil der Suchtberatung. Auch für bereits von Suchterkrankte und deren
22 Angehörige macht sich eine bessere finanzielle Ausstattung erforderlich. Zwar suchen nur etwa 15 Prozent
23 der Suchterkrankten und ihrer Angehörigen Suchtberatungsstellen auf. Doch schon hier reichen die
24 finanziellen Mittel kaum aus, um den wichtigen Bereich der mobilen Suchtberatung ausreichend personell
25 zu besetzen. Schließlich muss der Fokus verstärkt auch auf den Ausbau komplementärer Einrichtungen
26 gelegt werden, die das Zusammenleben einer_s Suchterkrankten mit seiner Familie weiter ermöglichen
27 können.
- 28 Wir Jusos fordern daher die SPD auf, sich dafür einzusetzen, die Präventions- und Betreuungsstruktur im
29 Bereich der Suchtarbeit zu stärken und besser finanziell auszustatten.

G1

Antragsteller: Landesvorstand

 angenommen
 abgelehnt
 überwiesen an:

1 ICH WILL TEIL EINER BEWEGUNG SEIN

2 Wir Jusos wollen etwas verändern und je mehr Menschen mitmachen desto besser wird's. Wir wollen die
3 Welt verändern. Wir sagen, die gesellschaftlichen Verhältnisse müssen durch die Menschen, die in ihr
4 leben gestaltet werden – nicht von Einzelnen und nicht von Oben. Wir Jusos Thüringen werden der
5 Jugend eine Stimme geben und die Menschen auf unserem Weg mitnehmen in eine linke Zukunft.

6 Große Teile der Gesellschaft und insbesondere viele junge Menschen fühlen sich von politischen
7 Entscheidungen und der Gestaltung ihrer Welt ausgeschlossen und abgehängt. Die Politikverdrossenheit
8 nimmt in der Breite der Bevölkerung und gerade bei jungen Menschen zu. Doch nur weil sich Leute nicht
9 von Politiker_innen, Parteien und Verbänden repräsentiert sehen, führt dies nicht dazu, dass sich eine
10 Bewegung formiert oder aufgrund dieser Lage Widerstand und gesellschaftliche Partizipation entwickelt.
11 Die Jugend muss eine Richtung für Veränderungen finden und sie spüren. Es zeigt sich jedoch keine
12 Richtung sondern nur Stagnation und Resignation. Nicht nur Parteien und Gewerkschaften leiden unter
13 Mitgliederschwund, sondern in der gesellschaftlichen Breite nimmt die Beteiligung von Menschen, die aktiv
14 ihre Umwelt gestalten wollen, ab. Gerade gemeinnützige Vereine und Wohlfahrtsverbände kämpfen unter
15 diesen Umständen mit verringerten Mitteln und mehr Arbeit, obwohl ihre Rolle zentral für unsere Welt ist.
16 Der Wohlfahrtsstaat wird weiter abgebaut und immer mehr Aufgaben der öffentlichen Hand an die
17 Privatwirtschaft vergeben.

18 „Warum soll man sich auch einbringen, wenn sich doch nichts ändert? Sich selbst zu engagieren bringt
19 doch nichts, denn entscheiden tun die Wenigen oben. Gegen all diese Machtstrukturen kann man doch
20 nichts tun und wenn dann ist der Weg lang und oft brutal.“

21 Wir Jusos sagen: Nein! Die Welt lässt sich verändern und es lohnt sich. Wir verändern die Verhältnisse vor
22 Ort und bleiben dran. Wir fangen in der Stadt und auf dem Land an und auf dem Weg unserer Bewegung
23 werden wir mehr und verändern auch die internationalen Verhältnisse. Unsere Ideale und Ziele verlieren wir
24 dabei nicht aus den Augen und vermitteln sie den Menschen, die sich uns auf diesem Weg anschließen.
25 Wir brauchen eine Bewegung und diese Bewegung fängt hier und jetzt an - weil wir es wollen - weil wir es
26 können und weil wir nicht mehr warten werden!

27 Eine Bewegung braucht gemeinsame Ziele, Ideale, Werte und Menschen. Gemeinsame Menschen – das
28 sind Wir, die Jugendverbände der Arbeiter_innenbewegung. Wir Jusos sind nichts ohne Uns. Uns, das
29 sind Wir- Nichts ohne unsere Partei, ohne unsere Gewerkschaft, ohne unsere Verbände. Wir sind nichts
30 ohne unsere Kolleg_innen und Freund_innen. Das sollte unser Bewusstsein widerspiegeln. Uns verbinden
31 unsere gemeinsamen Wurzeln, Werte und Ziele – und diese müssen wir jeden Tag leben und sie in die
32 Welt hinaus tragen. Es ist super eine_r von uns zu sein. Wir sind bekennende Mitglieder unserer Partei,
33 unserer Verbände, unserer Gewerkschaft. Wir müssen den Menschen vorleben, wofür es sich lohnt zu
34 kämpfen, zu streiten und sich einzusetzen. Wir werden raus gehen – raus aus den Sitzungsräumen und auf
35 die Menschen zu. Wir werden beständig davon sprechen, was wir tun, warum wir es tun und warum auch
36 sie es tun sollten. Die Jusos stehen für Gerechtigkeit, für Solidarität und Internationalismus – das muss
37 man erlebt haben. Wir machen was uns gefällt, nicht mehr und nicht weniger. Als Jungsozialist_innen ist
38 es unser Anliegen den ganzen Karrierismus, Pragmatismus und Zwang aus der Politik und aus unseren

39 eigenen Strukturen zu verdrängen. Politik und gesellschaftliche Partizipation lohnt sich und macht Spaß,
40 deshalb tun wir was wir tun.

41 Dass wir eine linke Bewegung sind, müssen wir leben und erlebbar machen. Zu einer gemeinsamen Arbeit
42 gehört es nicht nur sich bei einzelnen Treffen von uns verbundenen Verbänden oder Gewerkschaften (vor
43 der nächsten Wahl) aufzutreten, sondern die jungsozialistischen und sozialdemokratischen Werte und
44 Ideale hinein zu tragen und mit an der Arbeit dieser Organisationen zu arbeiten. Wir müssen unseren Blick
45 und unser Handeln aus dem eigenen Dunstkreis richten.

46 Wir beteiligen uns an gewerkschaftlichen Demonstrationen und Streiks weil wir nicht nur
47 Gewerkschafter_innen sind, sondern auch weil wir als SPD und Jusos für die Arbeiter_innen und
48 Arbeitnehmer_innen stehen. Wir wollen die Verhältnisse im Wirtschaftssystem und am Arbeitsmarkt
49 verändern, dazu gehört für uns Gewerkschaftsarbeit. Die Gewerkschaft und die SPD gehören für uns
50 zusammen.

51 Die Arbeitswelt verhindert geschickt, dass Menschen neben ihrer materiellen Absicherung noch Kraft und
52 Lust haben sich zu engagieren. Wer schwer malocht und keinen Sinn in (allgemein) ehrenamtlicher oder
53 (speziell) politischer Arbeit sieht, wird nicht von alleine ohne weiteres zu mehr gesellschaftlicher
54 Partizipation gelangen. Deshalb streiten wir - Jusos und SPD - für eine andere Arbeitswelt, in der Arbeit eine
55 wichtige Rollen einnimmt, aber privates und gemeinschaftliches Leben und unsere Demokratie gelebt und
56 gestaltet werden kann. Um die Welt so umzugestalten braucht es nicht nur unsere Ideen von neuen
57 Steuersystemen, Arbeitszeitbegrenzungen oder Mindestlöhnen, sondern es braucht Kommunikation. Wir
58 müssen die Leute überzeugen, ermutigen, mitnehmen und anstecken.

59 Die Arbeiter_innenverbände sind derzeit wie eine große weit verzweigte Familie, vereinzelte Mitglieder
60 arbeiten, leben und reden miteinander, doch wenn nur einzelne Zweige gepflegt werden, drohen große
61 Äste und nicht zuletzt Stamm und Wurzeln zu verkommen. Als Teil der Arbeiter_innenverbandsfamilie
62 beteiligen wir uns an den vielen Angeboten und der kontinuierlichen Arbeit der anderen
63 Arbeiter_innenverbände, jede_r in dem Maße wie er oder sie es kann und möchte. Wir fahren gemeinsam
64 ins Grüne,, wir verreisen, wir demonstrieren, wir treffen uns zum Essen und Trinken, wir bilden uns fort, wir
65 tauschen uns aus und bestärken uns gegenseitig in dem was wir tun und gemeinsam bringen wir unsere
66 Bewegung voran.

67 Die SPD war die Partei der Arbeiter_innenbewegung, wir wollen, dass sie es wieder ist. Doch ohne das
68 Bewusstsein für wen man Politik macht und welchen Werten und Idealen man verbunden ist oder wer hier
69 und heute einen gemeinsamen Weg geht, wird die Bewegung nicht wieder gestärkt und die SPD weiter
70 geschwächt. Nur wenn wir uns als Jusos und SPD öffnen, solidarisieren, kommunizieren und uns für diese
71 Menschen einsetzen erreichen wir unsere sozialistischen und sozialdemokratischen Ziele für die
72 Menschen.